



Jahresbericht der Staatsbauverwaltung 2010



Die städtebauliche Aufwertung des Ludwigsplatzes (SEP Bauer & Deby, München) ist eines der herausragenden Impulsprojekte der Stadterneuerungsmaßnahme »Altstadt-Ost« in Rosenheim. Im Rahmen des Deutschen Städtebaupreises wurden insbesondere die gestalterische Qualität und die Bürgerbeteiligung im Zuge des Bundesländer-Städtebauförderungsprogramms »Soziale Stadt« hervorgehoben. Für die »Altstadt-Ost« haben Bund und Freistaat Bayern insgesamt bereits mehr als 7,5 Millionen € Fördermittel bereitgestellt. Das Projekt wurde auch mit dem Verkehrsplanungspreis 2010 »Mobil im Quartier« ausgezeichnet.

Jahresbericht der Staatsbauverwaltung 2010

Auch für 2010 legt die Bayerische Staatsbauverwaltung wieder einen Jahresbericht mit den Schwerpunkten ihrer Tätigkeit vor.

Die Bayerische Bauverwaltung bewegt sich zwischen zwei Polen: Flexibilität bzw. schnelle Reaktion auf überraschende Ereignisse auf der einen Seite und Verlässlichkeit und Kontinuität auf der anderen.

Was wir geschafft haben und was wir vorhaben, möchten wir unseren Auftraggebern und Partnern berichten: Den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns und ihren Vertretungen im Bayerischen Landtag, den Bezirken, Landkreisen und Gemeinden, den anderen Ressorts in Bayern, den Bauverwaltungen des Bundes und der Länder und nicht zuletzt unseren Partnern in der Privatwirtschaft, die auch im Jahr 2010 alle Bauleistungen erbracht und den größten Teil der Planungen und Bauleitungen übernommen haben. Für Ihre Mitwirkung an den Bauvorhaben und die erfolgreiche Zusammenarbeit danken wir Ihnen herzlich.

2010 war wieder ein überdurchschnittliches Jahr, was das jährliche Bauvolumen betrifft. Der Auftragsbestand der Bayerischen Staatsbauverwaltung war hoch und ist es zum Teil immer noch. Das ist auch den Konjunkturpaketen zu verdanken. Für die nächsten Jahre rechnen wir mit einer leichten Rückentwicklung und Annäherung an den langjährigen Durchschnitt.

Wir wünschen eine anregende und interessante Lektüre.



Joachim Herrmann, MdL
Bayerischer Staatsminister
des Innern

Gerhard Eck, MdL
Staatssekretär im Bayerischen
Staatsministerium des Innern

6	Unsere Organisation – Unsere Aufgaben
8	Näher am Kunden – Unsere Präsenz vor Ort
10	Von der Monarchie ins 21. Jahrhundert
12	Großprojekte richtig anpacken
14	Unsere Leistungen im Überblick
16	Menschen in der Staatsbauverwaltung
18	Baukonferenzen – Foren des Austauschs
20	Landschaftsplanung
21	Online-Vergabe weiter auf dem Vormarsch
22	Hochbau
30	Recht, Planung und Bautechnik
38	Wohnungswesen und Städtebauförderung
46	Straßenbau
54	Zahlen und Daten
68	Abbildungsnachweis
	Impressum

Unsere Organisation – Unsere Aufgaben

Bayerisches Staatsministerium des Innern	
Staatsminister	
Staatssekretär	
Amtschef	
Leiter der Allgemeinen Inneren Verwaltung	Leiter der Obersten Baubehörde
Allgemeine Innere Verwaltung	Oberste Baubehörde – Staatsbauverwaltung
Zentrale Angelegenheiten	Zentrale Angelegenheiten
Verfassung und Staatsverwaltung	Staatlicher Hochbau
Kommunale Angelegenheiten	Recht, Planung und Bautechnik
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	Wohnungswesen und Städtebauförderung
Brand-/Katastrophenschutz, Rettungswesen, Staatsschutz	Straßen- und Brückenbau

Zentrale Angelegenheiten

Gemeinsam für alle vier Fachsparten optimieren wir ständig unsere Organisation, die vom Ministerium über die Mittelbehörden zu den Bauämtern und Meistereien reicht, und managen einen Personalkörper mit ca. 10.000 Köpfen. Wir setzen jährlich ca. 4 Milliarden € an Bundes- und Landesmitteln um und nehmen zentrale Kompetenzen im Vergabewesen, in der Aus- und Fortbildung, in der Informationstechnik und in der Landschaftspflege wahr.

Staatlicher Hochbau

Wir planen und steuern alle Bauaufgaben für die Landesressorts, den Bund, die NATO, die Gaststreitkräfte und andere Bauherrn in Bayern und unterhalten rund 28.000 Gebäude in ca. 7.000 Liegenschaften. Im Jahr 2010 haben wir dabei insgesamt rund 1,75 Milliarden € für Land und Bund umgesetzt. Darüber hinaus wirken wir an mit staatlichen Mitteln geförderten Bauvorhaben wie Schulen oder Krankenhäusern privater und kommunaler Bauherrn beratend mit.

Recht, Planung und Bautechnik

Wir erarbeiten nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen des Bauens (z. B. Bayerische Bauordnung, Baugesetzbuch), sondern sind auch für alle damit zusammenhängenden städtebaulichen und bautechnischen Themen zuständig. Gleichzeitig betreuen wir alle Rechtsfragen aus den Bereichen des staatlichen Hochbaus und Straßenbaus.

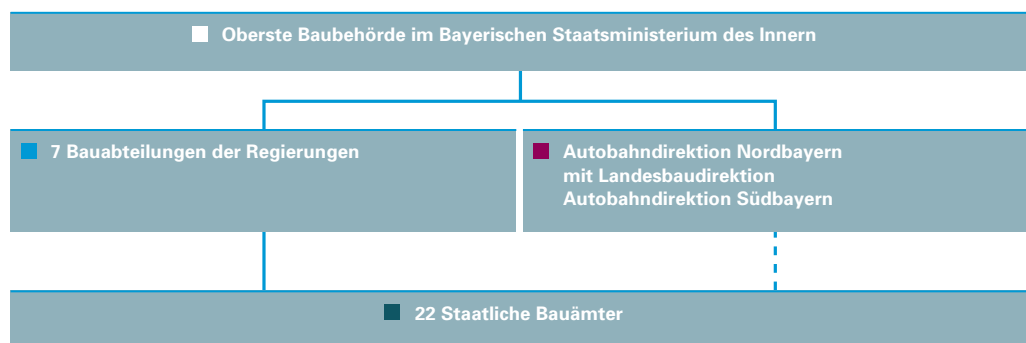
Wohnungswesen und Städtebauförderung

Mit einem Fördervolumen von jährlich rund 400 Millionen € erzielen wir aufgrund hoher Multiplikatoreffekte ein jährliches Bauvolumen von mehr als 1 Milliarde €. Wir beteiligen uns an der Weiterentwicklung des Bundes- und Landesrechts im Wohnungswesen. Mit der Förderung von Modellvorhaben zeigen wir neue Wege auf.

Straßen- und Brückenbau

Wir planen, bauen, erhalten und betreiben die überörtlichen Straßen in Bayern. Diese umfassen ein Netz von 25.500 km Länge mit rund 14.000 Brücken, 56 Tunneln und über 5.300 km Radwegen. In Baumaßnahmen an Autobahnen, Bundesstraßen und Staatsstraßen investieren wir jährlich mehr als eine Milliarde €. Kommunale Straßenbauprojekte fördern wir zudem mit etwa 200 Millionen € pro Jahr.

Näher am Kunden Unsere Präsenz vor Ort



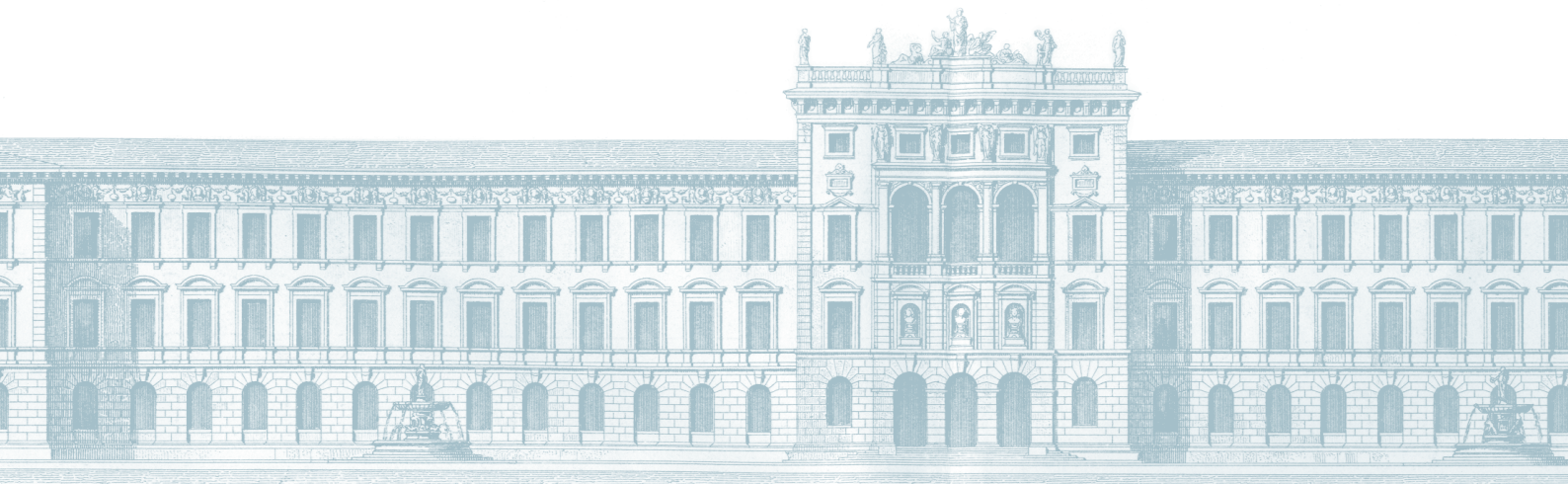




Von der Monarchie ins 21. Jahrhundert

POLYTECHNISCHE SCHULE IN MÜNCHEN

Architekt: Prof. Gottfried Neureuther.



1830

Gründung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern

1872

24 Landbauämter und 24 Straßen- und Flussbauämter

1908

21 Kulturbauämter (ab 1941 Wasserwirtschaftsämter)

1945

Straßenbauämter (Autobahn) München und Nürnberg

1948

Gesetz 112: Neuordnung des Bau- und Wohnungswesens in Bayern

1953

Straßen- und Flussbauämter werden Straßenbauämter



An der Münchner Arcisstraße entstand von 1872 bis 1876 der Neubau des Königlichen Polytechnikums. Der Professor und Oberbaurat Gottfried von Neureuther hatte ihn in den repräsentativen Formen der Neorenaissance entworfen. Von Physik und Chemie bis zum Hochbau und Maschinenbau befand sich damals noch alles unter einem Dach.

Siebzig Jahre später, nach fast vollständiger Zerstörung des alten Hauptgebäudes im zweiten Weltkrieg, schuf der Architekt Professor Robert Vorhoelzer mit einfachsten technischen Mitteln Ersatz. Als passenden Rahmen für den neuen Aufbruch wählte er nüchterne Kuben.

Inzwischen sind auch über diesen Nachfolgerbau schon wieder 55 Jahre Lehre und Forschung hinweggegangen. Er hat sich als nachhaltig funktionell erwiesen, wenn er auch heute nur noch einen Bruchteil der Hochschule beherbergt. Das Staatliche Bauamt München 2 macht ihn fit für die Anforderungen des neuen Jahrtausends. Unterdessen läuft der Betrieb in den Lehrstühlen und Hörsälen fast ungebremst weiter.

Bl. 5.



1974

Einrichtung des Landesamts für Wasserwirtschaft

1978

Einrichtung der Autobahndirektionen Süd und Nord

1993

Wasserwirtschaft wird zum Umweltministerium umressortiert

1994 – 1997

Vereinigung von Staats- und Finanzbauverwaltung

2000

Eingliederung des Bauamtes der Schlösserverwaltung

2004 – 2007

Zusammenlegung der 51 Hochbauämter bzw. Straßenbauämter zu 22 Staatlichen Bauämtern

Josef Poxleitner
Ministerialdirektor, Leiter der Obersten Baubehörde
im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Großprojekte richtig anpacken

Manche aktuelle Diskussion lässt grundsätzliche Zweifel an der Durchsetzbarkeit bedeutender Infrastrukturvorhaben aufkommen. Und doch führt kein Weg an der Einsicht vorbei: Gerade in einem Industrie- und Kulturland wie dem unseren ist der Staat immer wieder gefordert, durch weitreichende Entscheidungen die Bedingungen zu schaffen, unter denen die Freiheit des Einzelnen überhaupt erst gedeihen kann. Was ist dabei die Rolle unserer Verwaltung? Das möchte ich an drei prominenten Beispielen zeigen.

Energetische Sanierung im Konjunkturpaket II

Ein wichtiger Bestandteil des im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise beschlossenen Pakets war die energetische Sanierung von Gebäuden verschiedenster Art: Soziale Infrastruktur wie Schulen, Kindertageseinrichtungen und überwiegend schulisch genutzte Sportstätten, kommunale Bildungs- und Begegnungseinrichtungen sowie kommunale Verwaltungsgebäude. Nicht zuletzt auch viele Objekte aus dem großen staatlichen Gebäudebestand. Innerhalb kürzester Zeit mussten die Programme im Frühjahr 2009 in Gang gebracht werden. Mit Bekanntmachung vom 3. März 2009 hat die Oberste Baubehörde die organisatorischen Rahmenbedingungen für die Förderung gesetzt. Mit dem Projektmanagement haben wir unsere Regierungen beauftragt. Es wurden Beiräte gebildet, in denen die Regierungen zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden aus 5.500 Projekten, die

innerhalb von nur sechs Wochen eingegangen waren, 1.500 auswählten. Wesentliche Kriterien waren dabei die schnelle Realisierbarkeit und eine möglichst hohe Energieeffizienz. Heute befinden sich alle diese mit einem Mittelvolumen von zusammen 790 Millionen € geförderten kommunalen Maßnahmen in der Durchführung oder wurden bereits fertig gestellt. Unsere Staatlichen Bauämter bearbeiten darüber hinaus mehr als 350 Projekte an staatlichen Gebäuden und setzen dabei rund 250 Millionen € vor allem für Modernisierungs- und Investitionsmaßnahmen im Hochschulbau und für Universitätsklinika um, sowie 100 Millionen € für Baumaßnahmen des Bundes. Mit Stolz erfüllt uns nicht nur die Geschwindigkeit der Abwicklung, sondern auch die Treffsicherheit der Umweltinvestitionen, die unserer leistungsfähigen und kompetenten Verwaltung zu verdanken ist.

Efficient Basing Grafenwöhr

Das im vergangenen Jahr erfolgreich abgeschlossene Projekt gilt als größtes Bauprogramm der US Armee in Europa seit den 1950er Jahren. Es dient der Neuansiedlung einer US-Brigade mit rund 4.000 Soldaten und ihren Familienangehörigen sowie vielen zivilen Bediensteten. Neben den Baumaßnahmen für die technische Infrastruktur und den Verkehr auf dem Truppenübungsplatz waren auch Wohnungen und Einrichtungen für den Gemeinbedarf zu schaffen. Um das Projekt mit einem Gesamtwert von 700 Millionen € optimal zu steuern, haben wir frühzeitig organisatorische Vorkehrungen getroffen. Die Regierung der Oberpfalz richtete eine temporäre Baudienststelle in Grafenwöhr ein und baute sie zu einem Kompetenzzentrum aus. Das unter dem Motto »kurze Wege – kurze Zeiten« entwickelte kooperative Steuerungsmodell Grafenwöhr garantierte die direkte Zusammenarbeit am Ort des



Geschehens, Tür an Tür mit den Vertretern der US-Bauverwaltung. Auch im Kontakt mit politischen Vertretern der Kommunen vor Ort und anlässlich zahlreicher gemeinsamer Informationsveranstaltungen und Pressekonferenzen gelang es, alle Beteiligten und Betroffenen optimal in das Projekt einzubinden. Dies war mit entscheidend für den gemeinsamen Erfolg.

Ausbau der A 8 von Rosenheim bis Salzburg

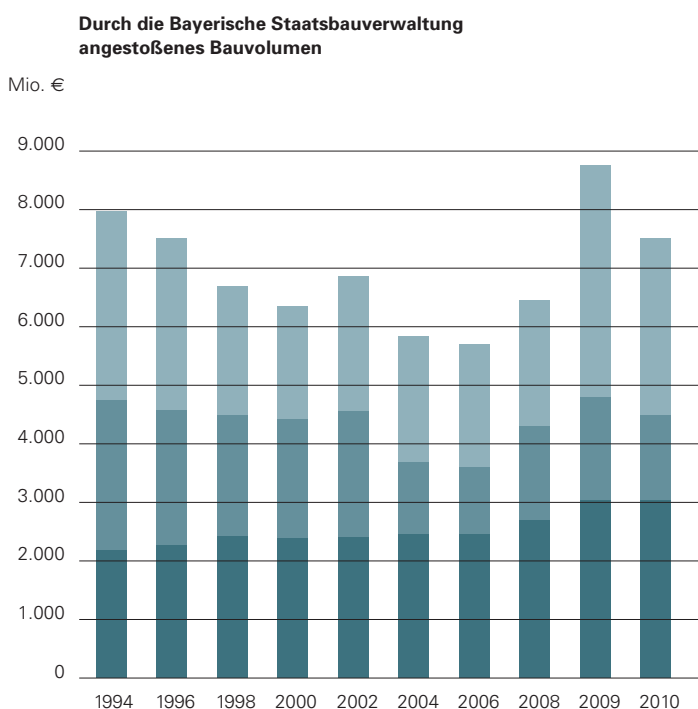
Eine neue Form der Öffentlichkeitsbeteiligung haben wir bei den Vorplanungen für den Ausbau der A 8 im 66 km langen Streckenabschnitt zwischen Rosenheim und Salzburg initiiert. Die Autobahntrasse hat noch weitgehend Vorkriegsstandard. Bauwerke, Fahrbahnen und Entwässerungsanlagen müssen dringend saniert werden. Die stark befahrene A 8 verläuft hier durch eine äußerst sensible Landschaft, zum Teil in unmittelbarer Nähe von Ortschaften. Einerseits ist große Skepsis der Anwohner gegen jeden weiteren Ausbau zu verzeichnen, andererseits aber auch deren Erwartung, endlich vom Lärm der Autobahn entlastet zu werden.

Um die Bevölkerung und verschiedenste Interessengruppen frühzeitig und umfassend in den Planungsprozess einzubinden, wurde der so genannte »Offene Planungsdialog« gestartet. In den betroffenen Landkreisen Rosenheim, Traunstein und Berchtesgadener Land wurden dazu drei Arbeitsgruppen mit Vertretern aus Kommunen, Bürgerinitiativen, Verbänden und der Wirtschaft eingerichtet. Diese werden fachlich durch die Autobahndirektion Südbayern und Fachbüros unterstützt.

Als Entscheidungsebene haben wir eine »Übergreifende Planungsbegleitung« konstituiert, in der die Oberste Baubehörde, das Bundesverkehrsministerium, die Landräte der beteiligten Landkreise sowie der Präsident der Autobahndirektion vertreten sind. Bis März 2011 haben die Arbeitsgruppen 27-mal und die von mir geleitete »Übergreifende Planungsbegleitung« fünfmal getagt. Schwerpunkte des Dialogs waren die Notwendigkeit zusätzlicher Fahrstreifen, der Lärmschutz und die landschaftliche Einbindung der Autobahn. Insgesamt wurden 38 Planungsvarianten untersucht. Varianten mit einem ungünstigen Nutzen-Kosten-Verhältnis wurden ausgeschieden, so dass schließlich 28 Planungsvarianten mit Gesamtkosten von 1,2 Milliarden € näher untersucht und bewertet wurden. Im Ergebnis des Planungsdialogs wurden mehrere dieser Planungsvarianten in die Empfehlungen der Übergreifenden Planungsbegleitung für die weitere Planung aufgenommen. Die Kosten des Ausbaus der A 8 werden damit etwa 800 Millionen € betragen.

Der »Offene Planungsdialog« schafft Transparenz, Offenheit und Bürgernähe und gewährleistet objektive, nachvollziehbare Entscheidungen. Der finanzielle und personelle Aufwand der Verwaltungsseite und aller, die am Dialog mitwirken, ist hoch, aber mit der Hoffnung verbunden, dass sich hierdurch eine spürbare Verkürzung der nachfolgenden Verfahrensschritte einstellen wird.

Unsere Leistungen im Überblick



■ Staatliche Baumaßnahmen

Die bayerische Staatsbauverwaltung ist zuständig für Hochbau und Straßenbau des Landes und betreut Vorhaben des Bundes beim Hochbau und Bundesfernstraßenbau. Dabei wurde im Jahr 2010 ein Bauvolumen von knapp 3,1 Milliarden € erzielt. Dieser Betrag ist über direkte Aufträge in die Bauwirtschaft, vor allem in den Mittelstand, an Planer, Architekten, Ingenieure und Handwerker geflossen. Enthalten sind auch die Kosten des Grunderwerbs bei Straßenbaumaßnahmen.

■ Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen

Für kommunale Straßen, für den sozialen Wohnungsbau und in der Städtebauförderung hat die Staatsbauverwaltung Fördermittel in Höhe von insgesamt 620 Millionen € bewilligt. Das damit bewirkte Bauvolumen lag mit 1,4 Milliarden € weit darüber.

■ Mitwirkung bei der Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen

Bei den Förderprogrammen anderer Ressorts und des Bundes sind wir häufig fachlich beteiligt, z. B. beim kommunalen Schulhausbau, Krankenhausbau, beim kommunalen Straßenbau und bei der Förderung des ÖPNV. Hier haben wir an einem Fördervolumen von über 3,0 Milliarden € mitgewirkt.

Die Analyse der Gesamtleistung des Jahres 2010 (ohne Baukosten und Straßenbetriebsdienst) zeigt, dass bei einem Anteil der Freischaffenden von 46 % (2009: 43 %) nur noch 28 % (2009: 29 %) auf eigene Projektbearbeitung, also auf Planung und Bauleitung durch die Bauverwaltung, entfielen. Projektmanagement und

Bauherrnaufgaben, darin enthalten der wachsende Aufwand für die Koordination und Überwachung der Freischaffenden, machten 12 % aus. 11 % entfielen auf die administrative Betreuung des Bestandes an Straßen und Liegenschaften, 3 % und auf das übergeordnete Management des Straßenbetriebsdienstes.

Leistungsspektrum der Bauämter und Autobahndirektionen (ohne Straßen- und Autobahnmeistereien)

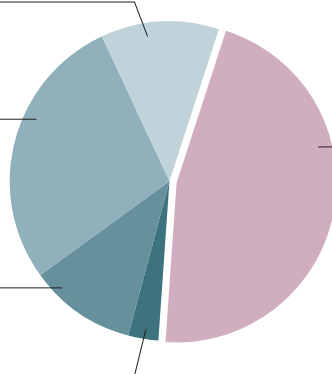
Eigenleistung

12 % Projektmanagement und Bauherrnaufgaben

28 % Projektbearbeitung (Planung und Bauleitung)

11 % Liegenschaftsbetreuung, Straßenverwaltung und allgemeine baufachliche Angelegenheiten

3 % Straßenbetriebsdienstmanagement



Fremdleistung

46 % Leistungen freischaffender Beteiligter

Mit einem Bauvolumen von über 7,5 Milliarden €, das durch die Tätigkeit der Staatsbauverwaltung im Jahr 2010 angestoßen wurde, konnten wir wieder ein beachtliches Ergebnis erzielen. Es verdeutlicht die erheblichen Anstrengungen aller Beschäftigten. Das Jahresergebnis zählt unter den Bauumsätzen der vergangenen zwanzig Jahre zu den Spitzenwerten. Die überragende Zahl des Jahres 2009 war aber nicht mehr zu erreichen. Im Berichtsjahr haben wir aus dem Konjunkturpaket II nur noch einige wenige Projekte begonnen, ansonsten richtete sich unser Augenmerk auf die Realisierung der bereits laufenden Baumaßnahmen. Nicht zuletzt unsere Investitionsspitzen der Jahre 2009 und 2010 sorgten dafür, dass die bayerische Bauwirtschaft ohne größere Einbußen über die Wirtschaftskrise kommen konnte.

Der staatliche Hochbau konnte – vor allem aufgrund der Sonderprogramme für den Hochschulbau – seinen Umsatz noch einmal von 1,5 auf über 1,6 Milliarden € steigern, etwas sinkende Haushaltsansätze im Bundes- wie im Landeshaushalt ließen dagegen das Bauvolumen der Straßenbauverwaltung geringfügig von 1,6 auf knapp unter 1,5 Milliarden € fallen.

Einen deutlichen Rückgang zeigt die Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen. Lässt man die einmalige Wirkung des Konjunkturpakets II außer Betracht (im Jahr 2009 wurden weit über 1,1 Milliarden € Bauvolumen zusätzlich angestoßen), stellt man einen Rückgang bei der Wohnraum- und bei der Städtebauförderung fest. Lediglich bei den Bewilligungen für den kommunalen Straßenbau konnte ein Zuwachs verzeichnet werden, hier immerhin um mehr als 20 % auf knapp 400 €.

Auch das Volumen, bei dem die Bauverwaltung nur baufachlich mitgewirkt hat, ohne die Fördermittel selbst zu verwalten, ist im Verhältnis zum Vorjahr noch einmal um mehr als 5 % gestiegen.

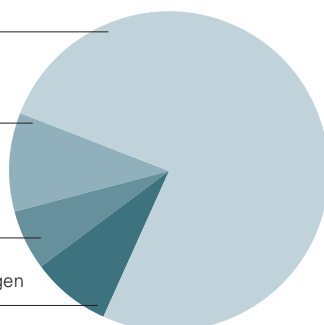
Kostenstruktur im Hoch- und Straßenbau 2010

76 % Bau- und Grunderwerbskosten von Hoch- und Straßenbaumaßnahmen

10 % Sach- und Personalkosten sowie Unternehmerleistungen im Straßenbetriebsdienst

6 % Honorarkosten für freiberufliche Leistungen

8 % Sach- und Personalkosten der Bauämter und Autobahndirektionen



Im staatlichen Hochbau und Straßenbau machten in 2010 die Baukosten (einschließlich Grunderwerb im Straßenbau) 76 % der Kosten aus, Honorare freischaffender Architekten und Ingenieure 6 % und eigene Personal- und Sachkosten 8 %, die Leistungen des Straßenbetriebsdienstes 10 %. Somit konnte wie im Jahr 2009 wieder ein sehr günstiges Verhältnis von Bau- und Betriebskosten zu internen und externen Dienstleistungskosten erreicht werden.



Teamarbeit wird großgeschrieben

Julia Jelen, Maria Schachner und Sebastian Herold arbeiten gemeinsam im Sachgebiet Wohnungswesen der Regierung von Oberbayern. Neben den Aufgaben als Bewilligungsstelle in der Wohnraumförderung werden dort aktuell auch viele Maßnahmen im Konjunkturpaket II zur energetischen Modernisierung der Infrastruktur in den Kommunen wie Schulen, Schulturnhallen, Kindertagesstätten aber auch Rathäusern abgewickelt.

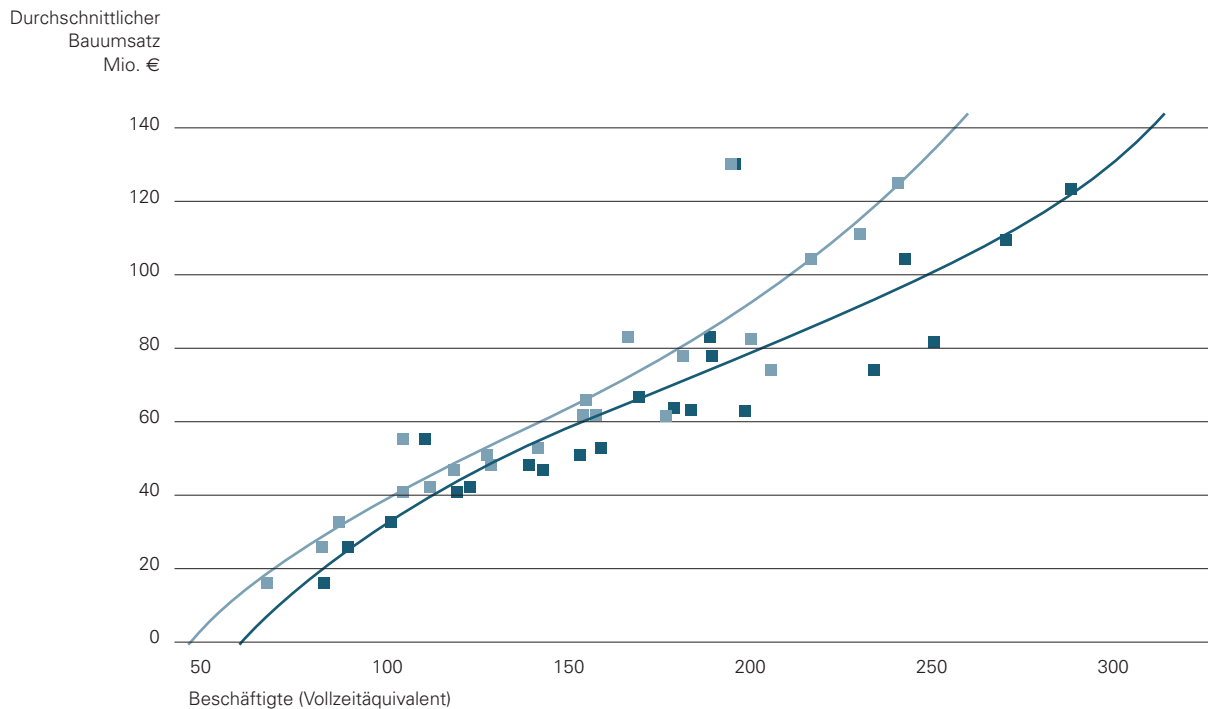
Das mit hohem Zeitdruck umzusetzende Programm stellt sehr hohe Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, erzeugt aber gleichzeitig zusätzliche Motivation! Umso

wichtiger ist eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten – Teamarbeit zwischen Technik und Verwaltung wird großgeschrieben: Jeder bringt das spezielle Wissen und die eigenen Erfahrungen ein.

Die Kommunikation – intern wie extern – ist dabei von besonderer Bedeutung: zwischen Kommunen, Bauherrn, Planern und der Bewilligungsstelle. Unterschiedliche Perspektiven, Ideen und Ziele sind zu diskutieren und abzustimmen, um möglichst ein Optimum an Nutzen und Kosten zu erreichen.

Menschen in der Staatsbauverwaltung

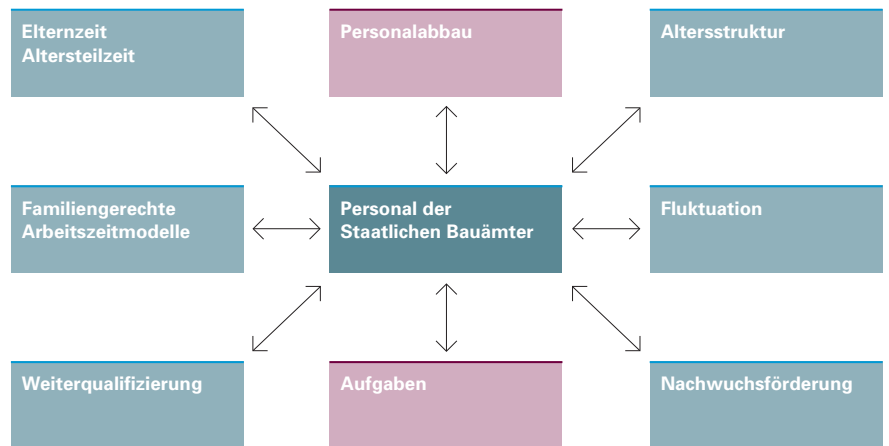
Staatliche Bauämter, Personal und Auslastung 2010 – 2019



Die Grafik zeigt für jedes Bauamt das Verhältnis des langjährig zu erwartenden Bauumsatzes und der Personalstärke, jeweils 2010 und 2019. Der Vergleich der beiden Trendlinien lässt erkennen, dass die Auslastung der Bauämter am Ende der Planungsperiode nicht nur höher, sondern auch ausgeglichener sein wird.

- 2010
- 2019

Personalabbau und Aufgabenauslastung sind lediglich zwei von vielen Faktoren, die bei der Planung des Personalbedarfs und der Personalstruktur der Staatlichen Bauämter zu beachten sind.



Personal der Staatlichen Bauämter – Gemeinsam die Zukunft planen

Nach Beschluss des Bayerischen Ministerrats haben wir im Rahmen des Reformprojekts »Verwaltung 21« bis 2019 an den Staatlichen Bauämtern noch rund 840 Stellen abzubauen. Nach den Umstrukturierungsmaßnahmen im Straßenbetriebsdienst muss sich nun der Personalkörper, der an den 22 Bauämtern mit Planung, Vergabe, Bauleitung, Projektsteuerung und Verwaltung betraut ist, im verbleibenden Zeitraum bis 2019 um ca. 12 Prozent verschlanken.

Im Interesse unserer Beschäftigten wird der Personalabbau sozialverträglich erfolgen. Gleichzeitig müssen weiterhin effiziente Personalstrukturen ein leistungsfähiges und wirtschaftliches Arbeiten der Bauämter sicher stellen.

Diese schwierige Aufgabe für die Personalplanung und die Personalsteuerung ist nur im Dialog mit allen beteiligten Dienststellen und den Personalvertretungen zu lösen. Vor Ort lassen sich in Ansehung der Personalstruktur und der Aufgaben notwendige Wiederbesetzungen und mögliche Stelleneinsparungen am besten identifizieren.

Unsere Strategie sieht Zielvereinbarungen zum Personalabbau mit den einzelnen Bauämtern vor, eröffnet ihnen aber gleichzeitig erweiterte Spielräume, auf welchem Weg sie die angestrebten Ergebnisse erreicht wollen.

Das 2010 gestartete Projekt »Bauamt 2020« begleitet die Maßnahmen zum Personalabbau. Es beleuchtet, wie unsere Bauämter zum Ende dieses Jahrzehnts organisiert sein sollten und wie Arbeitsabläufe optimiert werden könnten, damit die Staatsbauverwaltung auch in Zukunft gut für ihre Aufgaben gerüstet ist.

Baukonferenz Fürth: Staatsminister Joachim Herrmann, Leiter der Obersten Baubehörde Josef Poxleitner, MDirig Joachim Paas, MDirig Friedrich Geiger, MDirig Karl Wiebel.

Baukonferenz Oberbayern in Weilheim: Staatsminister Herrmann im Gespräch mit dem Leiter der Obersten Baubehörde MD Josef Poxleitner.



Baukonferenzen – Foren des Austauschs

Baukonferenzen – Foren des Austauschs

Kurz nach seiner Amtseinführung im Innenministerium hat Staatsminister Joachim Herrmann die Durchführung von Baukonferenzen als Teil der Initiative »Zukunft Bauen Bayern« initiiert.

Im Rahmen von acht Regionalkonferenzen informierte die Staatsbauverwaltung im Jahr 2008 im Dialog mit politischen Mandatsträgern und Vertretern von Behörden sowie der freien Wirtschaft landesweit über Projekte des staatlichen Hoch- und Straßenbaus.

Bereits im Juni 2008 wurden auch Baukonferenzen mit thematischer Schwerpunktsetzung durchgeführt. Die steigenden Studentenzahlen und den doppelten Abiturjahrgang 2011 im Blick, luden der Bayerische Staatsminister des Innern Joachim Herrmann und der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Thomas Goppel im Juni 2008 gemeinsam zu den beiden Baukonferenzen »Hochschulbau« in Erlangen und München ein, um die bauliche Entwicklung der Hochschullandschaft in Bayern aufzuzeigen.



Baukonferenz Demographischer Wandel in Marktredwitz:

Ganz links: Gelegenheit zum Gespräch

Links: Geschäftsführer STEWOG Max Wittmann, MDirin Ingrid Simet, Ltd. MR Kurt Bauer, Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder, MR Roland Degelmann, MDir Joachim Paas



Baukonferenz Unterfranken in Schweinfurt: Vortrag MR Armin Keller.



Vortrag des Bayerischen Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann

Im Jahr 2009 lag der Fokus von fünf weiteren Regionalkonferenzen und zwei Verdichtungsraumkonferenzen auf kommunalen Fragestellungen, weswegen eine thematische Ausweitung auf den Förderbereich im Wohnungs- und Städtebau erfolgte. Weiterhin zogen sich die die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und die vom Bund beschlossenen Konjunkturpakete wie ein roter Faden durch die Baukonferenzen dieses Jahres. Bei der Umsetzung des gewaltigen Aufgabenpakets war auch der private Sektor intensiv gefordert. Staatsminister Herrmann präsentierte bei der Baukonferenz »gemeinsam bauen« am 7. Dezember 2009 in München den 4. Teil des Bayerischen Leitfadens zur Bauunterhalts- und Betriebsphase bei Public-Private-Partnership-Projekten.

Die 5 Baukonferenzen des Jahres 2010 hatten baupolitische Schwerpunktthemen zum Inhalt: In »Perspektiven für die Zukunft« im Februar in Fürth wurde über Projekte der Staatsbauverwaltung und die Strukturprogramme des Freistaates, die nach der Quelle-Insolvenz positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung im Raum Nürnberg-Fürth setzen sollten, informiert.

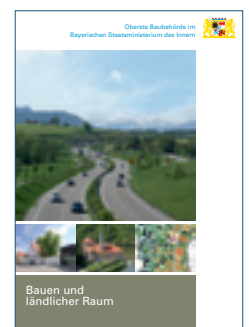
Staatssekretär Gerhard Eck stellte am 8. Juli 2010 im Rahmen der Baukonferenz »Ländlicher Raum« in Straubing einer Vielzahl von interessierten Gemeindeoberhäuptern die Broschüre »Bauen und ländlicher Raum« vor. Die Beispiele und Projekte der Fachvorträge und der Broschüre zeigen Perspektiven auf für eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum. Die Baukonferenz »Energieeffizientes Bauen« am 28. Juli in Augsburg war Programmpunkt der Klimawoche 2010. Die vielfältigen Aktivitäten der Obersten Baubehörde zum energieeffizienten Bauen reichen von den rechtlichen Rahmenbedingungen über Programme zur Verbesserung der Energiebilanz staatlicher Gebäude bis hin zur verbrauchsorientierten Verkehrssteuerung auf Autobahnen.

Die bevorstehende Bundeswehrreform bedroht auch den Bestand bayerischer Standorte. Die Baukonferenz in Kitzingen am 10. September 2010 griff das Thema »Konversion« auf, um Potentiale und Chancen ehemals militärisch genutzter Liegenschaften aufzuzeigen.

Den Abschluss der Veranstaltungen im Jahr 2010 bildete die Baukonferenz »Demographischer Wandel« am 12. November in Marktredwitz. Vertreter aus allen Disziplinen der Staatsbauverwaltung informierten anhand der neuesten Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung über Initiativen, Programme und Projekte zu diesem überaus bedeutsamen Themenfeld.

Die in den in den letzten drei Jahren durchgeführten 23 Baukonferenzen hatten regionalen Bezug, behandelten aber auch spezifische Brennpunktthemen. Sie spiegelten das umfang- und facettenreiche Portfolio der Staatsbauverwaltung wieder. Viele Akteure im Baugeschehen haben die Gelegenheit zur Information, zum persönlichen Kontakt, zum Gespräch und Gedankenaustausch intensiv genutzt.

Baukonferenz Ländlicher Raum in Straubing: Die Informationsbroschüre »Bauen und ländlicher Raum« ist im Internet abrufbar unter: www.innenministerium.bayern.de/service/publikationen/



Landschaftsplanung

Grünbrücke im Rehauer Forst bei Oberthulba im Bau. Das Bauwerk verbindet künftig die beiden bisher durch die A 7 getrennten Waldteile.



Landschaftsplanung im Jahr der Biodiversität – Maßnahmen der Bayerischen Bauverwaltung zum Erhalt der Artenvielfalt

Die Vereinten Nationen hatten das Jahr 2010 zum »Internationalen Jahr der Biodiversität« erklärt und machten damit auf den weltweit bedrohlichen Schwund der Artenvielfalt aufmerksam. Der Bayerische Ministerrat hatte zur Umkehrung dieses Trends bereits im April 2008 die »Bayerische Biodiversitätsstrategie« beschlossen. Auch für die Staatsbauverwaltung gewann damit das Ziel der Erhaltung der biologischen Vielfalt zusätzliche Bedeutung. Durch Minderung der Zerschneidungswirkungen von Verkehrswegen sowie von Siedlungs- und Gewerbeflächen trägt sie zum Erhalt der Artenvielfalt in der heimischen Tier- und Pflanzenwelt bei.

Mit den Konjunkturprogrammen standen zum ersten Mal finanzielle Mittel für Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen unserer Wildtiere an bestehenden Bundesfernstraßen bereit. Der Schwerpunkt derartiger Maßnahmen liegt in den nord- und ostbayerischen Mittelgebirgen und

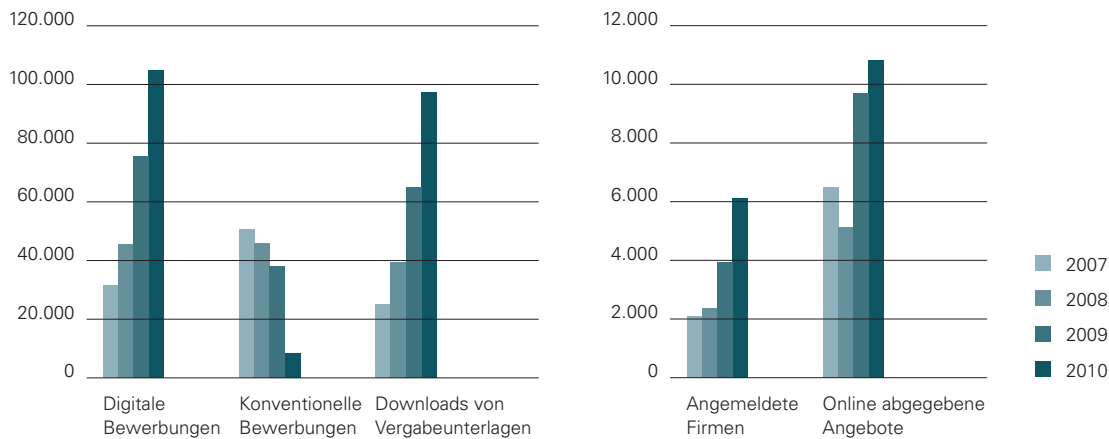
in großen, zusammenhängenden Waldgebieten. In der Rhön bei Oberthulba und im Rehauer Forst, der Nahtstelle zwischen Fichtelgebirge und Erzgebirge – wo bisher der Austausch von Tierpopulationen durch die Autobahnen A 7 und A 93 unterbrochen war – werden derzeit zwei 50 m breite Grünbrücken errichtet. Im Zuge des 6-stufigen Ausbaus der A 3 im Spessart, im Guttenberger Wald bei Würzburg und im Steigerwald sowie der A 8 in den Westlichen Wälder von Augsburg wird mit fünf weiteren Grünbrücken der überregionale Biotopverbund entscheidend verbessert werden.

Die Oberste Baubehörde setzt sich auch mit großem Engagement dafür ein, die Amphibienwanderwege über Straßen durch den Bau von Amphibiendurchlässen und -leiteinrichtungen dauerhaft zu sichern. Dies ist ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Amphibien, die bei ihren Wanderungen besonders durch den Straßenverkehr gefährdet sind. Mit dem im Januar 2010 herausgegebenen Amphibienschutzprogramm werden sukzessive die 40 bedeutendsten Amphibienquerungen im überregionalen bayerischen Straßennetz von 2010 bis 2015 saniert und nachgerüstet. Hierfür ist ein Investitionsvolumen von 11,4 Millionen € fest eingeplant. Davon konnten wir im Jahr der Biodiversität zusätzlich zu den regelmäßigen Schutzmaßnahmen bereits neun dauerhafte Amphibienschutzmaßnahmen verwirklichen.



Nachrüstung von Amphibiendurchlässen und Leiteinrichtungen an der Staatstraße 2259 Birnbaum – Rezelsdorf (Lankreis Neustadt/Aisch) für die Laichwanderung zu den Reischbach-Teichen.

Entwicklung der Vergabeplattform 2007–2010



Online-Vergabe weiter auf dem Vormarsch

Die Staatsbauverwaltung betreibt seit nun bereits sieben Jahren eine elektronische Vergabeplattform. Diese gewinnt zunehmend an Bedeutung – nicht zuletzt wegen der ständigen Änderungen des Vergaberechts. Ihre Anerkennung als Basiskomponente belegt die besondere Stellung in der Architektur des e-Government in Bayern.

Seit 2007 stehen unter www.vergabeinfo.bayern.de aktuelle Informationen zum Öffentlichen Auftragswesen kompakt und umfassend zur Verfügung. Öffentliche Auftraggeber, Firmen und Freiberuflich Tätige nutzen den gemeinsamen Internetauftritt zum Vergabe- und Vertragswesen des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Inneren. Jeder findet online das Handwerkszeug zur VOB, VOL und VOF. Immer wieder nachgefragt sind die drei Vergabehandbücher VHB, VHL und VHF sowie die aktuellen, bearbeitbaren Formulare zur Durchführung der Vergabeverfahren.

Die Formblätter der Vergabehandbücher VHB und VHL sind die Grundlage für die Vergabeverfahren über die Vergabeplattform www.vergabe.bayern.de, die als e-Government-Basiskomponente »eProcurement-VOB/A« anerkannt ist. Vor dem Hintergrund der sich laufend verändernden Vergabevorschriften bietet die Vergabeplattform den Ausschreibenden Sicherheit in der Durchführung des Verfahrens. Je nach gewählter Verfahrensart werden aktuelle Formulare automatisch bereitgestellt und ausgefüllt.

Im Jahr 2010 wurden mehr als die Hälfte von rund 3,1 Milliarden € Bauvolumen der Staatsbauverwaltung über die Vergabeplattform angeboten und vergeben. Gemessen an der Anzahl der Angebote waren das allerdings nur 18 %. Deshalb haben wir in der »Online-Initiative« Auftraggeber und Auftragnehmer in der Anwendung der Vergabeplattform geschult, um weitere Firmen von den Vorteilen der elektronischen Angebotsabgabe zu überzeugen und sie als Online-Bieter zu gewinnen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Bereitstellung der Vergabeunterlagen in elektronischer Form. Die Firmen haben positiv aufgenommen, dass sie seit Januar 2010 Vergabeunterlagen nicht mehr als Papier bekommen und stattdessen die Vergabeunterlagen auf ihre Rechner laden können. Die Funktionalität der Vergabeplattform wird erweitert um Module wie Wertung, Vergabevermerk und Controlling System Bundesfernstraßen. Ab Mitte 2011 werden alle Bekanntmachung von Ausschreibungen der öffentlichen Auftraggeber über die Zentrale Bekanntmachungsplattform Bayern veröffentlicht, um den Firmen die Suche nach Aufträgen zu erleichtern. Mittelfristig sollen oberhalb der EU-Schwellenwerte nur noch elektronische Angebote zugelassen werden, was nach VOB/A zulässig ist und für Bieter wie Auftraggeber erhebliche Vorteile im Vergabeverfahren bietet.

Für das Klinikum der Universität München wurde 2010 der Neubau der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie fertig gestellt.





Hochbau

Nur in Partnerschaft mit der Bauwirtschaft, freischaffenden Architekten und Ingenieuren können qualitätvolle Hochbauprojekte wirtschaftlich und energieeffizient verwirklicht werden. Im Staatlichen Hochbau leisteten wir 2010 als verlässlicher Partner und öffentlicher Auftraggeber mit einem Spitzeninvestitionsvolumen von rund 1,75 Mrd. € einen wichtigen Beitrag zum konjunkturellen Aufschwung.

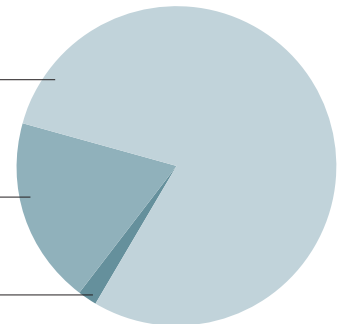
Staatlicher Hochbau 2010
1.746,1 Mio. €

Bauausgaben, Baunebenkosten, Personalkosten und Sachausgaben

1.386,1 Mio. € (79,4 %)
projektbezogene Kosten

328,3 Mio. € (18,8 %)
Bauunterhaltskosten

31,7 Mio. € (1,8 %)
sonstige Kosten



Große Hochbaumaßnahmen 2010
1.065 Mio. €

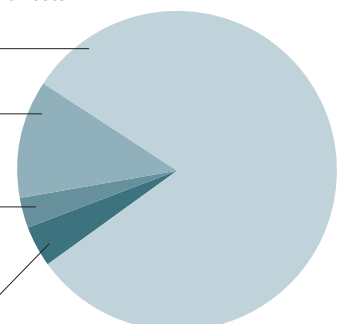
Bauausgaben, Baunebenkosten, Personalkosten und Sachausgaben

82 % Bauausgaben

12 % Honorare der Architekten und Ingenieure

2 % Personal- und Sachkosten der Bauämter für Projektbearbeitung

4 % Personal- und Sachkosten der Bauämter für Projektmanagement





Einen wesentlichen Anteil an der im Jahr 2010 außergewöhnlich guten Finanzausstattung hatten die auf Hochtouren laufenden staatlichen Initiativen und Sonderprogramme. Im Innovationsprogramm »Bayern FIT – Forschung, Innovation, Technologie« mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 880 Millionen € werden im Hochschulbau derzeit 17 Baumaßnahmen für den doppelten Abiturjahrgang 2011 fertig gestellt. Bis 2013 folgen weitere 17 Maßnahmen, die den bayerischen Hochschulen exzellente Forschung auf internationalem Niveau ermöglichen werden.

Im Endspurt befinden sich auch die beiden Sonderprogramme »Energetische Sanierung staatlicher Gebäude« zur Verbesserung der Energieeffizienz im staatlichen Gebäudebestand und »Wir bauen Zukunft – Konjunkturprogramm II« zum Ausgleich der globalen Wirtschaftskrise. Beide Programme enden 2011.

Für die Landesressorts, den Bund, die Gaststreitkräfte, die NATO, Kirchen und weitere Auftraggeber haben wir im vergangenen Jahr insgesamt 1,75 Milliarden € in Bauprojekte investiert und damit den Rekordausgabenstand vom Vorjahr um rund 120 Millionen € übertroffen.

Auf Einzelprojekte entfielen von diesen Rekordausgaben mit 79,4 % 1,39 Milliarden € und mit 18,8 % wurden rund 328 Millionen für den laufenden Bauunterhalt aufgewendet. Parallel mit dem Aufgabenanstieg steigerte sich bei großen Baumaßnahmen auch der Anteil an Planungen und Bauleitungsaufgaben, die an externe Büros vergeben wurden, auf 84 %. Die Gesamtausgaben für Honorare freiberuflich Tätiger betragen 2010 188 Millionen €.

Neben dem Planen, Bauen und Betreuen von Maßnahmen für unsere staatlichen Partner beraten wir kommunale und private Bauherren, die staatliche Fördermittel erhalten und prüfen ihre Projekte in fachlicher Hinsicht. Für diese Fördermaßnahmen von Bund und Land haben wir im Jahr 2010 ein Volumen von 2,6 Milliarden € bearbeitet. Einen Schwerpunkt im Förderbereich bot 2010 weiterhin das Konjunkturpaket II, das von den Landesbaudirektionen und den Regierungen bewältigt wurde. Mehr Informationen dazu finden Sie auf Seite 43.

Staatlich geförderter Hochbau 2010

2.690 Mio. €

Bund und Land einschließlich Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II

773,2 Mio. € (28,7 %)

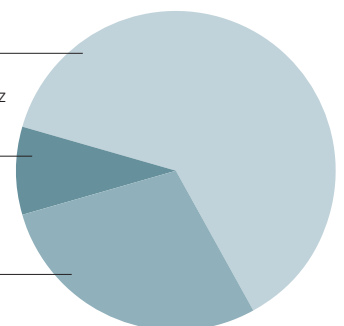
Land – Krankenhausfinanzierungsgesetz

236,7 Mio. € (8,8 %)

Bund

1.680,1 Mio. € (62,5 %)

Land – Finanzausgleichsgesetz und übrige



Zum geförderten Hochbau zählen beispielsweise Bauprojekte für Schulen oder Krankenhäuser im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) bzw. des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG).

Rechts: Im Zentrum der US Wohnsiedlung Netzaberg wurde im Rahmen des EBG Projekts eine US Grund- und Mittelschule für 1.400 Schüler neu errichtet.

Rechts unten: Der weitläufige Gebäudekomplex der Grund- und Mittelschule beherbergt auch eine Vorschule und ein Jugendzentrum.



Luftaufnahme vom Ortszentrum der US Wohnsiedlung Netzaberg. Ausgelagert aus dem Gelände des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr entstand auf dem Netzaberg eine »new town«, eine neue Stadt mit 830 Wohneinheiten und einem eigenen Ortszentrum.

Erfolgreicher Abschluss eines herausragenden US-Großprojekts

Am 28. April 2010 fand auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr im Wartungsgebäude 935 die feierliche Übergabe von »Efficient Basing Grafenwöhr« (EBG) statt. Hohe Repräsentanten auf deutscher und amerikanischer Seite unterstrichen mit ihrer Anwesenheit die Bedeutung dieses größten Bauprogramms der US Armee in Grafenwöhr seit der Übernahme des Truppenübungsplatzes in den frühen 1950er Jahre.

Das seit neun Jahren laufende Investitionsprogramm diente der Neuansiedlung einer US- Brigade mit rund 4.000 Soldaten, ihren Familienangehörigen und den dazugehörigen zivilen Bediensteten. Neben den Baumaßnahmen für die technische Infrastruktur und den Verkehr auf dem Truppenübungsplatz waren auch Einrichtungen für den Gemeinbedarf und für die Freizeitgestaltung zu schaffen. Die Staatsbauverwaltung hat insgesamt rund 50 Neubauten errichtet und 100 Gebäude im Bestand umgebaut, erweitert oder saniert. Die Gesamtkosten einschließlich Baunebenkosten und fiktiver Umsatzsteuer beliefen sich auf rund 700 Millionen €.

Kompaniegebäude auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr. Im Hintergrund Werkstätten und Hallen für Militärische Fahrzeuge.



»Physical Fitness Center« – Sportzentrum mit einer Bruttogeschossfläche von 6.060 m².



Um das EBG Programm von Anfang an optimal zu steuern, wurde bereits 2001 mit Zustimmung des Ministerrats flexibel durch organisatorische Vorkehrungen reagiert. Die Regierung der Oberpfalz richtete eine temporäre Baudienststelle in Grafenwöhr ein und baute sie zu einem Kompetenzzentrum aus. Während der gesamten Laufzeit des EBG-Programms war die Baudienststelle im Sinne einer reinen Management-Bauverwaltung für die Sicherung der Kosten, Termine und Qualitäten zuständig. Das unter dem Motto »kurze Wege – kurze Zeiten« entwickelte kooperative Steuerungsmodell Grafenwöhr garantierte die direkte Zusammenarbeit am Ort des Geschehens, Tür an Tür mit den Vertretern der US-Bauverwaltung (EUD). Dies war entscheidend für den gemeinsamen Erfolg.

Alle Leistungen der Planung und Objektüberwachung übertrug die Baudienststelle auf freiberufliche Architekten, Ingenieure und Gutachter. Auf ausdrücklichen Wunsch der US Streitkräfte wurden zudem alle Bauleistungen »schlüsselfertig« an Bietergemeinschaften bzw. Generalunternehmer ausgeschrieben; die Neubauten des Hochbaus zum Pauschalpreis, die anderen Sparten zu Einheitspreisen. Von den 124 Bauaufträgen an Generalunternehmer sind 90 % an Firmen in Bayern, davon 65 % an Firmen im Regierungsbezirk Oberpfalz vergeben worden.

Bei der EBG Abschlussfeier und bei der 100-Jahr-Feier des Übungsplatzes am 30. Juni 2010 hat die US-Garnison weitere bedeutende Investitionen auf dem Truppenübungsplatz angekündigt. Die zwischenzeitlich neu eingetroffenen Planungsaufträge können dies eindrucksvoll bestätigen. Mit der Eingliederung der Baudienststelle Grafenwöhr in das Staatliche Bauamt Amberg-Sulzbach zum 01. Januar 2011 und der Einrichtung einer Bauleitung am Standort Grafenwöhr ist der Grundstein dafür gelegt, dass die US-Armee als einer der wichtigsten Partner der bayerischen Staatsbauverwaltung auch weiterhin effizient vor Ort betreut werden kann.

Bauabschlussfeier am 28. April 2010:
Von links nach rechts:
Helmuth Wächter, Bürgermeister;
Simon Wittmann, Landrat; Brigitta
Brunner, Regierungspräsidentin;
Joachim Herrmann, Innenminister;
Dr. Andreas Scheuer, Parl. Staats-
sekretär; Oberst Chris Sorenson;
Oberst Brian Boyle; Brigadegeneral
Steven Salazar; Oberst John Kem.





Kompetenzzentrum für Nachhaltige Rohstoffe in Straubing – 2. Bauabschnitt, Neubau eines Betriebshofes für das Technologie- und Förderzentrum

Bauen mit Holz

Der Baustoff Holz ist ökologisch von großer Bedeutung und spielt bei staatlichen Hochbaumaßnahmen seit jeher eine wichtige und oftmals beispielgebende Rolle. Er ist aufgrund seiner Eigenschaften vielseitig verwendbar und ermöglicht bei richtiger Konstruktion eine ansprechende architektonische Gestaltung. Die Entwicklung neuer Holzprodukte, die auch für ingenieurmäßige Konstruktionen wie weitgespannte Hallen einsetzbar sind, oder von Holz-Bauteilen, die Brandschutzanforderungen erfüllen können, erweitern stetig die Einsatzmöglichkeiten. Die Änderung der Bayerischen Bauordnung bringt für kleine Gebäude und für die Gebäudeklasse mit Zellenbauweise Erleichterungen für die Feuerwiderstandsfähigkeit der Bauteile und ermöglicht künftig die konstruktive Holzverwendung für Gebäude mit bis zu fünf Geschossen. Der Baustoff Holz in seinen verschiedenen Ausprägungen wird von der Staatsbauverwaltung gemäß den Beschlüssen des Bayerischen Landtags, zuletzt aus dem Jahr 2008, bei einer großen Anzahl von Maßnahmen für unterschiedliche Bauteile eingesetzt. Die Bandbreite erstreckt sich vom Innenausbau über die Fassade bis hin zum kompletten konstruktiven System eines Gebäudes. Die vorbildhafte Verwendung von Holz ist der Staatsbauverwaltung ein wichtiges Anliegen und ein unerlässlicher Beitrag zur Baukultur in Bayern.

Was Holzbau leisten kann, zeigt stellvertretend für zahlreiche geplante und gebaute Beispiele der Neubau für das Finanzamt in Garmisch-Partenkirchen. Dort entsteht derzeit am nördlichen Ortsrand ein modernes Verwaltungsgebäude mit rund 3.400 qm Hauptnutzfläche für 170 Mitarbeiter. Der kompakte Baukörper mit zwei Innenhöfen ist als zweigeschossiger Holzskelettbau konzipiert. Nach der Vorfertigung im Winter konnte der Rohbau in sehr kurzer Bauzeit von nur drei Monaten auf der Baustelle nach dem Baukastenprinzip montiert werden. Dank Holzbauweise verkürzte sich die witterungsabhängige Bauzeit erheblich. Bereits im September war die Gebäudehülle einschließlich der Fassade fertig gestellt. Ortstypisch erhält das Gebäude eine Holzverschalung aus naturbelassenem Lärchenholz. Der Einsatz von Photovoltaik und einer Grundwasserwärmepumpe für die Wärmeerzeugung leisten einen weiteren Beitrag zu einer ressourcenschonenden und zukunftsweisenden Bauweise.

Neubau Finanzamt Garmisch-Partenkirchen, Errichtung der tragenden Holzkonstruktion





Wettbewerb bei der Belieferung mit Erdgas

Die Bayerische Staatsbauverwaltung hat 2010 erstmals eine europaweite Ausschreibung zur Gasbeschaffung für fast 400 Dienststellen durchgeführt. Das Verfahren hat in diesem Umfang bundesweiten Pilotcharakter und war in vielfältiger Weise mit neuen Herausforderungen verbunden.

Bei der Wahl der Ausschreibungsstrategie wurde eine Aufteilung in Lose favorisiert. Dabei galt es verschiedene Aspekte sorgfältig abzuwägen. So musste bei der Festlegung der Losgrößen ein Kompromiss aus Mittelstandsfreundlichkeit und Wettbewerbsintensität gefunden werden. Die Berücksichtigung des Mittelstands (Stadtwerke) wurde durch eine Begrenzung der Losgrößen und deren regionaler Zuschnitt gewährleistet. Intensiverer Wettbewerb wurde durch die Bündelung spezieller Großabnehmer wie Universitäten, Hochschulen und Kliniken, sowie durch eine Trennung in Lose für Großabnehmer und Abnehmer, deren Abrechnung ähnlich wie bei Haushaltskunden erfolgt, erreicht. Unter Abwägung dieser Gesichtspunkte ergab sich eine Aufteilung in 5 Ausschreibungspakete mit insgesamt 20 Regionallosen. Am 20. August 2010 fand schließlich die Angebotseröffnung statt. Es folgte eine umfangreiche Wertungsphase.

Nach der Auftragserteilung hat sich erfreulicherweise gezeigt, dass die gesteckten Ziele, wie Mittelstandsfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit, durchwegs erreicht wurden. Die Aufträge gingen an 5 Stadtwerke und 3 Regionalversorger bei signifikanter Verbesserung der Bezugskonditionen für die staatlichen Liegenschaften. So können durch die zentrale Gas Ausschreibung in der Bezugsperiode 2011/2012 insgesamt rund 20 Millionen € an Energiekosten für den Freistaat eingespart werden; dies entspricht einer Reduzierung von über 26 % im Verhältnis zu den bisherigen Gasbezugskosten.

Gerade in der aktuellen Situation, in der die Konsolidierung des Bayerischen Haushaltes eine hohe Priorität genießt, leisten diese Einsparungen bei den konsumtiven Gebäudebetriebskosten einen wichtigen Beitrag. Geld, das der Staat nicht bereits im Betrieb seiner Gebäude verbraucht hat, kann für wertschöpfende Investitionen und nachhaltige Infrastrukturverbesserungen zur Verfügung stehen.



Bauprodukte dürfen nach der Bayerischen Bauordnung verwendet werden, wenn dazu nationale oder europäische Vorgaben vorhanden sind und die Bauprodukte den hierin enthaltenen Anforderungen entsprechen. Weicht ein Bauprodukt von den maßgeblichen Regelungen wesentlich ab oder existiert für das Bauprodukt keine Regelung, kann es gleichwohl verwendet werden, sofern eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung, ein allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis oder eine Zustimmung im Einzelfall vorliegt.

Der Hightech-Werkstoff carbonfaserverstärkter Kunststoff (CFK) aus dem Flugzeug- und Automobilbau erhielt in der Verwendung als innovativer Baustoff für die Skulptur »Mae West« auf dem Effnerplatz in München von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern eine Zustimmung im Einzelfall nach Art. 18 der Bayerischen Bauordnung.





Recht, Planung und Bautechnik

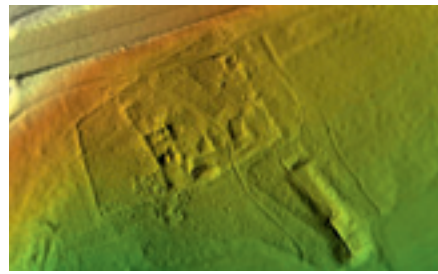
Die rechtlichen Grundlagen für das Bauen und Planen gewährleisten sowohl den Schutz des geschichtlichen Erbes als auch die Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche Entwicklung der kommenden Jahrzehnte in Bayern. Gemeinsam mit den Kommunen arbeiten wir an zukunftsfähigen Strukturen, die Zusammenhalt, Weiterentwicklung und damit Attraktivität der Regionen langfristig sichern.

Während des Ausbaus der BAB A3 zwischen AS Randersacker und AK Biebelried wurden mehrere hallstattzeitliche Siedlungen (750 – 450 v. Chr.) dokumentiert. Aus einer Siedlungsgrube konnte der aus Ton gefertigte und gebrannte Kopf einer menschlichen Figur geborgen werden, eine von insgesamt sechs in Bayern bekannten menschlichen Tonkleinplastiken bzw. Teilen davon aus dieser Zeit. Typisch

sind die einfach ausgeführten Hauptmerkmale des Kopfes. Einzigartig sind die an der Seite gekniffenen Randleisten. Der zackig ausgebildete Rand kann von einer Reihe von Durchbohrungen herrühren, in denen ursprünglich Metallringe befestigt waren.



Vor Beginn der Grabung wurde mittels eines terrestrischen Scans die Oberfläche dieses markanten Bodendenkmals aufgenommen. Die Daten sind in einem dreidimensionalen Geländemodell umgesetzt worden.



Das Grabungsareal der hoch- bis spätmittelalterlichen Wüstung Lützelhof im Bereich der Trassenverbreiterung der BAB A3 im Abschnitt Biebelried – Randersacker, Gemeinde Randersacker; Lkr. Würzburg. Reste der Hofmauer sowie zahlreiche Profilschnitte an der Hofmauer und im Inneren der Anlage zeigen die archäologischen Dokumentationsarbeiten.

Bodendenkmalpflege im Straßenbau

Bei Bodendenkmälern handelt es sich z. B. um Erdwälle, Gräben, Grabenwerke, Befestigungen, Umwehrungen, Landwehre, Grabhügel, Gräberfelder, Siedlungen, Turmhügel, Burgställe oder auch mit Erdmaterial überdeckte Mauerreste von Bauruinen, die von Gebäuden (Burgen, Schlösser usw.) oder auch von zusammengefallenen Mauern wie dem römischen Limes herrühren.

Der staatliche und kommunale Straßenbau nimmt regelmäßig Flächen in Anspruch, auf denen sich bekannte Bodendenkmäler befinden oder Bodendenkmäler vermutet werden (im Jahr 2010 bei insgesamt 29 Straßenbauprojekten in Bayern). In diesen Fällen verpflichten das bayerische Denkmalschutzgesetz sowie Genehmigungsaufgaben den Straßenbaulastträger zu archäologischen Voruntersuchungen. Bei unvermeidbaren Eingriffen in Bodendenkmäler müssen zudem mit Hilfe von Fachfirmen Grabungen durchgeführt und archäologische Befunde dokumentiert werden.

Bei all diesen Maßnahmen werden die Straßenbaubehörden durch das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (BLfD) fachlich unterstützt. Die Oberste Baubehörde hat den staatlichen Straßenbaubehörden – abgestimmt mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – mit Schreiben vom 26.10.2010 Hinweise zum Umgang mit Bodendenkmälern gegeben. Zur Regelung von Umfang und Ablauf archäologischer Maßnahmen wurden Mustervereinbarungen zur Verfügung gestellt. Aufgrund der engen Zusammenarbeit der Straßenbaubehörden mit dem BLfD können archäologische Voruntersuchungen und Grabungen im Straßenbau rechtzeitig eingeplant und fachgerecht durchgeführt werden.



Aquamanile in Tiergestalt aus gebranntem Ton, Höhe 15,8 cm. Aus einer Siedlungsschicht der mittelalterlichen Wüstung bei Adelzhausen (Lkr. Aichach-Friedberg; Erweiterung der BAB A8 zwischen Sulzemoos und Augsburg-West). Das Aquamanile (13./14. Jh.) ist eine Kanne, die der Handwaschung bei Tisch diente, mit parfümiertem Wasser gefüllt wurde und Teil des höfischen Rituals war.



Staatssekretär Gerhard Eck im Foyer der Obersten Baubehörde



Eröffnung der Wettbewerbsausstellung im Foyer der Obersten Baubehörde

Initiative »Zukunft planen – Zukunft gestalten«

Die von der Obersten Baubehörde in Kooperation mit dem Bayerischen Gemeinde- und Städtetag gestartete Initiative »Zukunft planen – Zukunft gestalten« hat zum Ziel, gemeinsam mit den bayerischen Kommunen innovative Strategien in der Siedlungsentwicklung zu entwickeln. Ein besonderes Anliegen der Initiative ist es, auch kleinere Kommunen im ländlichen Raum für diese Themen zu sensibilisieren und zum Handeln anzuregen. Der Einstieg in die Initiative war ein landesweiter Wettbewerb. Die eingereichten Beiträge zeigten das große Engagement der Städte, Märkte und Gemeinden Bayerns und zeichneten sich durch hohe planerische Qualität aus. Die Bandbreite reichte von konkreten Einzelprojekten bis hin zu strategischen Planungen und neuen methodischen Ansätzen.

In den Wettbewerbskategorien

- Demographischer Wandel
- Energieeffizienz und Klimaschutz
- Flächenmanagement
- Mitwirkung der Bürger
- Interkommunale Zusammenarbeit

wurden insgesamt 15 Preise und Anerkennungen vergeben.

Am 15. November 2010 überreichte Herr Staatssekretär Gerhard Eck den Preisträgern ihre Urkunden und eröffnete vor zahlreichen Vertretern von Kommunen, Verbänden, Hochschulen und vor vielen Architekten und Stadtplanern im Foyer der Obersten Baubehörde die Wettbewerbsausstellung. Deutlich wurde, dass alle Städte und Gemeinden auf neue Herausforderungen, wie den demographischen Wandel, das Flächenmanagement und den Klimaschutz reagieren müssen. Die Mitwirkung der Bürger und die interkommunale Zusammenarbeit spielen dabei eine zentrale und immer wichtigere Rolle.

Die prämierten Kommunen haben nun nach Abschluss des Wettbewerbs die Möglichkeit, ihre Projekte mit fachlicher und finanzieller Hilfe der Obersten Baubehörde fortzusetzen und zu vertiefen. Vorbehaltlich der haushalts- und förderrechtlichen Voraussetzungen werden dazu Zuschüsse des Landes für städtebauliche Planungen und Forschungen in Aussicht gestellt.

Ein Ausstellungskatalog mit Detailinformationen steht unter der Internetadresse <http://www.innenministerium.bayern.de/bauen/baurecht/staedtebau/16928> zur Verfügung.



Staatssekretär Gerhard Eck mit Bürgermeistern der ausgezeichneten Kommunen, Foyer der Obersten Baubehörde



Bauen und Demographischer Wandel

Der Demographische Wandel – Bevölkerungsrückgang, veränderte Altersstruktur, Zu- und Abwanderung – hat einen gravierenden Einfluss auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Planen und Bauens. Die Veränderungen wirken sich auf die Anforderungen, den Umfang und die Art von baulichen Maßnahmen aus und werden die kommunale Siedlungsentwicklung in den nächsten Jahrzehnten wesentlich prägen. Sowohl Großstädte und Verdichtungsräume als auch dünn besiedelte, strukturschwache ländliche Gebiete sind in unterschiedlicher Form davon betroffen. Das Planen und Bauen steht daher vor einer umfangreichen Neuorientierung.

Für die Zukunft braucht es daher flexible, anpassungsfähige und integrierte Strategien, um rasch auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagieren zu können. Allgemeingültige Lösungen kann es nicht geben. Strategien für den Baubereich müssen individuell auf die Bedürfnisse und Potentiale der einzelnen Kommunen und Regionen zugeschnitten sein.

Vor diesem Hintergrund hat die Oberste Baubehörde zum Thema »Bauen und Demographischer Wandel« im Jahr 2008 einen Arbeitskreis eingerichtet, an dem neben Vertretern der Staatsbauverwaltung auch Vertreter aus weiteren Ministerien, Kommunen, Gemeinde- und Städtetag, Kammern und Verbänden teilnehmen. Der Arbeitskreis ist Diskussionsplattform und konzentriert sich neben der Bereitstellung von Informationen insbesondere auf die Vernetzung der verschiedenen Akteure im Baubereich.

Als wichtiger Baustein der Initiative wurden im April 2010 die Internetseiten »Bauen und Demographie« (www.bauen-und-demographie.bayern.de) frei geschaltet. Die Seiten richten sich an Politik, Kommunen und Bürger und umfassen ein breites Spektrum bereits realisierter, beispielgebender Projekte und praxisnaher Lösungen aus Bayern. Die Beispiele kommen aus den Fachbereichen Hochbau, Städtebau, Städtebauförderung, Wohnungswesen, Verwaltung und Verkehr, sind kurz dokumentiert und benennen neben weiterführenden Informationen auch lokale Ansprechpartner.



Die Bevölkerungsentwicklung des Marktes Pfeffenhausen stagniert, im Ortszentrum kommt es in Folge des Strukturwandels und Umzugs der Bevölkerung in Neubaugebiete zu Leerständen. Der Markt hat ein städtebauliches Entwicklungskonzept in Auftrag gegeben um frühzeitig auf diese Veränderungen zu reagieren und Konzepte für eine qualitätvolle Stärkung des Ortszentrums zu entwickeln.



- Wald/raumbildende Vegetation sichern
 - Grünraum entwickeln
 - Auenbereich sichern
 - Grünflächen sichern
 - Bach öffnen
 - Bäume sichern/ergänzen
 - Ortsrand verbessern
 - Straßenraum aufwerten
 - Wege sichern
 - Wege entwickeln
 - öffentliche Nutzungen
 - Ortseinfahrt aufwerten
 - Leerstand aktivieren
 - Identität sichern
 - Umfeld verbessern
 - Landwirtschaft sichern
 - Nachverdichtung WA/MI
 - Nachverdichtung GE
 - Entwicklung prüfen
- Pfeffenhausen Ortsentwicklungsplanung
Entwicklungsplan
lab landschaftsarchitektur brener

Bauen und ländlicher Raum

Der ländliche Raum in Bayern umfasst ca. 85 % der Fläche und ist Heimat für ca. 8 Millionen Menschen und damit für über 60 % der Bevölkerung. Sein Erscheinungsbild ist geprägt durch Weiler, Dörfer und Märkte sowie Klein- und Mittelstädte. Er besteht sowohl aus strukturschwachen wie aus prosperierenden Regionen. Die unterschiedlichen und unverwechselbaren Stadt- und Ortsbilder, die Vielfalt an Natur und Kultur sowie eine lebendige und traditionsverbundene Bürgergesellschaft prägen sein Erscheinungsbild.

Aktuelle Themen wie der Erhalt attraktiver Ortskerne und Innenstädte, der demographische Wandel, eine nachhaltige kommunale Energieversorgung und notwendige Anpassungsstrategien an den Klimawandel spielen insbesondere auch im ländlichen Raum eine wichtige Rolle. Diese Aspekte gilt es in regionalen und kommunalen Planungen zu berücksichtigen. Interkommunale Konzepte und eine verstärkte Zusammenarbeit ermöglichen einen breiteren Handlungsspielraum. Der ländliche Raum bietet vielfältige Potentiale zur Nutzung erneuerbarer Energien, die eine nachhaltige Versorgung

sichern und zudem eine Wertschöpfung in der Region ermöglichen. Für eine zukunftsfähige Entwicklung ist es erforderlich, den Energiebedarf durch die energetische Sanierung des Gebäudebestandes und eine Modernisierung der technischen Infrastruktur zu reduzieren.

Die Oberste Baubehörde veröffentlicht Informationen zu aktuellen Einzelthemen, wie beispielsweise das Arbeitsblatt Nr. 17 »Energie und Ortsplanung«, das im Februar 2010 erschienen ist. Es gibt Gemeinden und Planern Hinweise und zeigt beispielhafte Umsetzungen. Mit dem Förderinstrument »Zuschüsse des Landes für städtebauliche Planungen und Forschungen« können modellhafte Konzepte zu den aktuellen Themen im ländlichen Raum unterstützt werden.





Marktüberwachung für harmonisierte Bauprodukte

Mit EU-Verordnung vom 9. Juli 2008 (VO Nr. 765/2008/EG) wurden die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Marktüberwachung für alle von Harmonisierungsrechtsvorschriften erfassten Produkte – und damit auch für Bauprodukte – ab dem 1. Januar 2010 erheblich zu intensivieren. Zusätzlich zur bisherigen anlassbezogenen Marktüberwachung (z. B. bei Beschwerden) müssen die Marktüberwachungsbehörden der Länder gemäß einem von ihnen und der Koordinierungsstelle Marktüberwachung beim Deutschen Institut für Bautechnik (DIBt) in Berlin zu erstellenden Marktüberwachungsprogramm Produktprüfungen durchführen (»aktive Marktüberwachung«). In Bayern wurden 2010 die Bauprodukte »Raumheizer für feste Brennstoffe« (DIN EN 13240) und »Holzwerkstoffe zur Verwendung im Bauwesen« (DIN EN 13986) überwacht.

Die aktive Marktüberwachung prüft im Baustoffhandel oder in Baumärkten im Rahmen von Stichproben die CE-Kennzeichnung sowie die zugehörigen Angaben und Unterlagen und führt eine Sichtkontrolle durch. Im Bedarfsfall finden Laboruntersuchungen statt.

Die Marktüberwachung im Baubereich soll – neben einem fairen Wettbewerb – dazu beitragen, dass Bauprodukte den auf EU-Ebene gestellten (Sicherheits-) Anforderungen genügen. Gegen Produkte mit Gefährdungspotential soll bis hin zu Rückrufaktionen konsequent vorgegangen werden. Außerdem soll ein europaweit einheitlicher Rahmen der Marktüberwachung auf dem Binnenmarkt geschaffen werden, der gleiche Bedingungen für die Marktüberwachungsbehörden und Wirtschaftsakteure bestimmt und sektorübergreifend für nahezu alle Industrieerzeugnisse gilt.

Weitere Informationen findet man unter www.dibt.de/de/Marktüberwachung und www.innenministerium.bayern.de/bauen/baurecht/marktueberwachung.



Beispiele für Raumheizer für feste Brennstoffe

Wohnraumförderung – Betreutes
Wohnen mit Sozialstation im
Ortszentrum von Haimhausen,
Lkr. Dachau.



A photograph of a modern, multi-story apartment building with a white facade and dark brown balconies. The building is set against a blue sky with white clouds. In the foreground, there is a garden with green plants and a bicycle. A semi-transparent blue box with white text is overlaid on the upper part of the image.

Wohnungswesen und Städtebauförderung

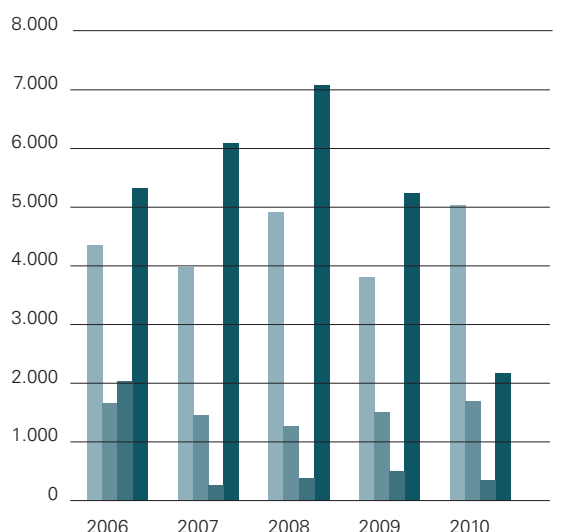
Wohnraum- und Städtebaufördermittel sind mit einem hohen Multiplikatoreffekt verbunden – es werden Folgeinvestitionen angestoßen, so dass der Gesamteffekt ein Mehrfaches des eingesetzten Mittelvolumens beträgt. Von diesen Investitionen profitieren vor allem die mittelständischen Betriebe vor Ort. Die positive Wirkung auf Konjunktur und Arbeitsplätze hat sich gerade in den zurückliegenden kritischen Monaten der Finanzkrise als stabilisierender Faktor erwiesen.

Wohnraumförderung

Der Freistaat Bayern hat im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Wohnraumförderung in den vergangenen Jahren auf hohem Niveau gehalten. Im Bayerischen Wohnungsbauprogramm 2010 standen wie im Vorjahr 215 Millionen € zur Verfügung, davon 165 Millionen € Landesmittel und 50 Millionen € Bundesmittel. Damit wurde der Neu- und Umbau von 1.719 Mietwohnungen sowie von 344 Heimplätzen für Menschen mit Behinderung mit staatlichen Haushaltsmitteln unterstützt. Zusammen mit dem Bayerischen Zinsverbilligungsprogramm, das im Eigengeschäft der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt betrieben wird, konnten insgesamt 5.006 Eigenwohnungen gefördert werden.

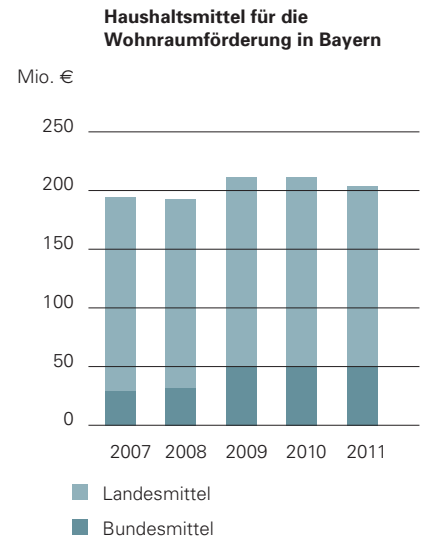
Ein Schwerpunkt der Förderung lag wiederum auf der Schaffung von Mietwohnraum insbesondere in Ballungsgebieten. Dort fehlen bezahlbare Wohnungen für Haushalte, die sich aus eigener Kraft nicht mit angemessenem Wohnraum versorgen können.

Fördermaßnahmen in der Miet-, Eigenwohnraum- und Modernisierungsförderung in Bayern



- Eigenwohnungen (Bayerisches Wohnungsbauprogramm, Bayerisches Zinsverbilligungsprogramm)
- Mietwohnungen (Bayerisches Wohnungsbauprogramm)
- Heimplätze (Bayerisches Wohnungsbauprogramm)
- Modernisierung Mietwohnungen und Heimplätze (Bayerisches Modernisierungsprogramm)

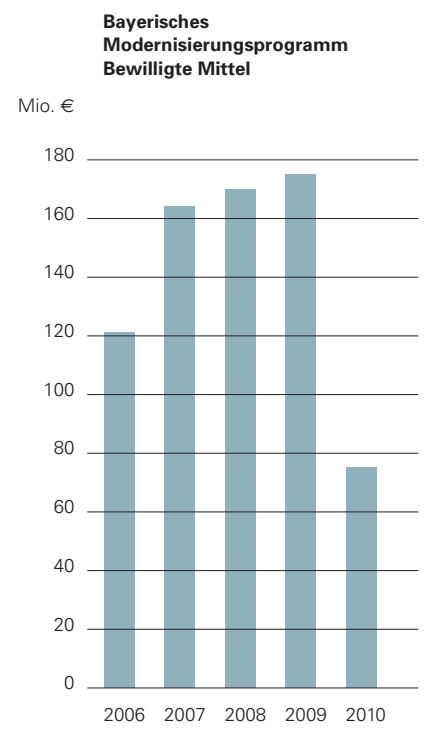
Studentenwohnanlage »Am Biederstein« in München, die als eine der ersten nach dem Krieg am Rande des Englischen Gartens entstanden ist, nach Umbau und Sanierung.



Aber auch der ländliche Raum wurde mit einer regional gezielten Förderung des Wohneigentums bestmöglich unterstützt. Die Wohnraumförderung ist hier ein wichtiger Haltefaktor zum Verbleib qualifizierter Fachkräfte und junger Familien in der Region sowie Anreiz zu einer Rückwanderung.

Damit die älteren Menschen möglichst lange selbständig in ihren Wohnungen bleiben können, muss immer häufiger modernisiert oder umgebaut werden. Das Verbleiben in den vertrauten »vier Wänden« entspricht nicht nur dem Wunsch fast aller älteren Menschen. Die eigene Wohnung ist zudem weit kostengünstiger als das Wohnen im Heim. Darüber hinaus steigt der Modernisierungsbedarf auch infolge des drohenden Klimawandels und des damit einhergehenden Zwangs zur CO₂-Reduktion. Im Rahmen des Bayerischen Modernisierungsprogramms, das aufgrund von EU-Vorgaben 2010 neu gestartet werden musste, wurden 1.131 Mietwohnungen und 1.078 Heimplätze für alte Menschen gefördert.

Mit der Studentenwohnraumförderung trägt der Freistaat Bayern zur Verbesserung der Wohnsituation Studierender bei. Im Jahr 2010 konnten insgesamt rd. 1.200 neue Wohnplätze bezogen und der Erhalt zahlreicher weiterer Wohnplätze durch Umbau und Modernisierung gesichert werden. Insgesamt standen für den studentischen Wohnraumbau 27,5 Millionen € zur Verfügung.





Drei Wohngebäude in Nürnberg aus den 1950er Jahren zeichnen sich nach Umbau und Erweiterung durch barrierefreie Wohnungen für Jung und Alt und attraktive Gemeinschaftsbereiche aus. Diese Maßnahme aus dem Modellvorhaben WAL wurde im Rahmen des Deutschen Bauherrenpreises 2009 ausgezeichnet.



Zur energetischen Sanierung werden beim e%-Modellprojekt in Augsburg vorgefertigte Holztafelelemente vor der bestehenden Fassade angebracht.

Wohnkonzepte mit Zukunft

Neue Wohnkonzepte, die den demographischen Entwicklungen entsprechen, zeigt der Experimentelle Wohnungsbau in von der Obersten Baubehörde initiierten Pilotprojekten, die Anregungen für den allgemeinen Wohnungsbau geben. Vor dem Hintergrund einer älter und kinderärmer werdenden Gesellschaft ist die Entwicklung von Wohnmodellen für alle Generationen wesentlicher Schwerpunkt unserer derzeitigen Arbeit. Vier Fragestellungen stehen dabei im Mittelpunkt:

Wie sehen bedarfsgerechte Wohnformen für alte Menschen aus? Nachbarschaftliche Unterstützung sowie professionelle Pflegeleistungen bei Bedarf in einem barrierefreien Wohnumfeld ermöglichen ein selbstbestimmtes Wohnen in den eigenen vier Wänden bis ins hohe Alter. Die Pilotprojekte des Modellvorhabens »WAL – Wohnen in allen Lebensphasen«, von denen bis Ende 2010 neun vollständig oder in wesentlichen Abschnitten fertig gestellt werden konnten, zeigen dazu unterschiedliche Wohnalternativen.

Wie können Wohngebiete mit älter werdender Bewohnerschaft wieder für alle Generationen attraktiv werden? Das Modellvorhaben »LWQ – Lebendige Wohnquartiere für Jung und Alt« mit zukunftsfähigen Modernisierungen und Aufwer-



Neubauten mit Wohnungen für junge Familien und ältere Menschen ergänzen das Wohnungsangebot im schrittweise aufgewerteten Wohnquartier Fürst-Albert-Block in Regensburg aus dem Modellvorhaben LWQ.

Im Modellvorhaben IQ entsteht in Königsbrunn eine familienfreundliche Wohnanlage mit Kindertagesstätte, Kinderhotel, Waschsalon, Bewohnercafé und Gemeinschaftsräumen.



tungen des Wohnumfelds erreicht, dass ausgewogene generationenübergreifende Bewohnerstrukturen weiterhin gestützt und gestärkt werden konnten. Der 2010 erschienene LWQ-Forschungsbericht beschreibt ausführlich die vielschichtigen Handlungsstrategien der inzwischen fertig gestellten Pilotprojekte.

Wie sehen zukunftsfähige Wohnquartiere für alle Generationen aus? Vielfältige energetische Gesamtkonzepte, mit denen die Vorgaben der Energieeinsparverordnung deutlich unterschritten werden, sind im Modellvorhaben »e% – Energieeffizienter Wohnungsbau« verknüpft mit attraktiven Wohnformen für alle Generationen. Die Wettbewerbe der Pilotprojekte sind entschieden, Baumaßnahmen in Amberg und Ingolstadt laufen auf Hochtouren.

Wie können die Wohnbedingungen für Familien mit Kindern besser werden? Das neu aufgelegte Modellvorhaben »IQ – Innerstädtische Wohnquartiere« hat das Ziel, innovative Wohnungstypologien verbunden mit sozialen Angeboten in zentrumsnahen Wohnlagen zu schaffen, die für Familien mit Kindern besonders geeignet sind. Bei zwei Pilotprojekten konnten die Wettbewerbe bereits abgeschlossen und mit der Umsetzungsplanung begonnen werden.

Konjunkturpaket II und Investitionspakte Bund-Länder-Kommunen 2008 und 2009

Die Abwicklung des Konjunkturpakets II wurde im Jahr 2010 erfolgreich weitergeführt. Für die energetische Sanierung von Gebäuden der sozialen Infrastruktur wie Schulen, Kindertageseinrichtungen und überwiegend schulisch genutzte Sportstätten, Bildungs- und Begegnungseinrichtungen kommunaler Träger sowie kommunalen Verwaltungsgebäuden werden im Rahmen des Konjunkturpakets II insgesamt 792 Millionen € Bundes- und Landesmittel eingesetzt. Damit werden bayernweit mehr als 1.500 Maßnahmen gefördert. 72 % davon befinden sich im ländlichen Raum.

Auch die Investitionspakte 2008 und 2009 zwischen Bund, Ländern und Kommunen befanden sich in der Umsetzungsphase. Für die energetische Modernisierung der sozialen Infrastruktur in Gemeinden standen hier weitere 144 Millionen € zur Verfügung. Damit konnten rund 150 Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten und (Schul)turnhallen gefördert werden.

Eine Vielzahl der kommunalen Investitionsvorhaben ist bereits weit fortgeschritten. Besonders an Schulen und Kindergärten wurden in den vergangenen Monaten die Bauarbeiten durchgeführt. Oft gelang es, den Terminplan optimal auf die Schulferien abzustimmen. Die Auszahlung der Fördermittel geht, dem Baufortschritt folgend, zügig voran und wirkt belebend auf die Bauwirtschaft und die gesamte Binnenkonjunktur. Bei den kommunalen Bauaufträgen wird erfahrungsgemäß ein großer Teil des Geldes in der Region ausgegeben. Hier profitieren vor allem die Handwerksbetriebe vor Ort und die heimische Bauwirtschaft.

Bürgerstadt – Weinkulturhaus zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit.

Projekt »Leben findet Innenstadt« in Mindelheim – Neugestaltung Maximilianstraße.



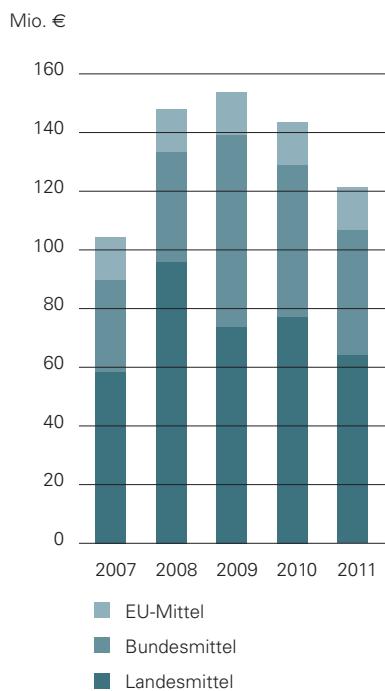
Finanzausstattung der Städtebauförderung

Für acht Programme der Städtebauförderung mit unterschiedlichen Schwerpunkten standen 2010 insgesamt 145,5 Millionen € Finanzhilfen zur Verfügung. 76,85 Millionen € davon stellte der Freistaat Bayern bereit, 54,65 Millionen € der Bund und 14 Millionen € die EU.

Modellvorhaben »Ort schafft Mitte«

2010 lobte die Oberste Baubehörde das neue Modellvorhaben für Städte, Märkte und Gemeinden im ländlichen Raum, die den wirtschaftsstrukturellen und demographischen Veränderungen aktiv begegnen wollen, aus. Neue Lösungsansätze sollen dazu beitragen, Ortskerne zu stabilisieren, innerörtliche Leerstände zu beseitigen und regionale Potenziale zu stärken. Die aus 85 Bewerbungen ausgewählten zehn Modellprojekte werden von einem Bündel an Maßnahmen, zu dem u. a. Beratung und finanzielle Unterstützung zählen, profitieren. Zusätzlich werden neue Fördermöglichkeiten erprobt wie beispielsweise ein kommunaler Entwicklungsfonds für Grundstücke und Immobilien.

Haushaltsmittel für die Städtebauförderung in Bayern





Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke

Das neue Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm »Kleinere Städte und Gemeinden« unterstützt Kommunen in vom demographischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen. Gefördert werden Investitionen zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge im Rahmen einer überörtlichen bzw. interkommunalen Zusammenarbeit. 2010 standen insgesamt 4,9 Millionen € Bundes- und Landesmittel zur Verfügung. Die Mittel flossen in 22 interkommunale Gemeinschaften von Städten, Märkten und Gemeinden im ländlichen Raum.

Modellvorhaben Kooperationen

2010 lobte die Oberste Baubehörde zum dritten Mal das Modellvorhaben »Kooperationen – Pilotprojekte für die Stadtgesellschaft« im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« aus. Die 28 zur Förderung ausgewählten Projekte werden in den nächsten zwei bis drei Jahren umgesetzt. Seit 2007 wurden mit den »Kooperationen« vor allem Projekte gefördert, die gezielt neue Partnerschaften und eine noch stärkere Vernetzung der Akteure in den Programmgebieten angestoßen haben.

Initiative »Leben findet Innenstadt«

Die mit dem Modellvorhaben »Leben findet Innenstadt« gestartete Initiative der Obersten Baubehörde wird gemeinsam mit 12 Kooperationspartnern aus Wirtschaft und Fachverbänden fortgeführt. Leben findet Innenstadt setzt mit dem Programm Aktive Zentren auf ein erhöhtes privates Engagement und eine verstärkte Investitionstätigkeit in den Stadt- und Ortszentren. 2010 konnten als Ergebnisse geförderter Stadtentwicklungsprozesse einige große Investitionsprojekte, wie das Elsbethenareal in Memmingen, die Quartiersgarage in Bamberg-Mitte und die neugestaltete Maxmilianstraße in Mindelheim eingeweiht werden. Insgesamt 68 Kommunen profitierten 2010 von einem deutlich erhöhten Programmvolumen.

Deutscher Städtebaupreis 2010

Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung würdigt mit dem Deutschen Städtebaupreis alle zwei Jahre hervorragende Beispiele zukunftsweisender Planungskultur und Stadtbaukunst. 2010 wurden drei von der Städtebauförderung unterstützte Projekte im Bamberger Quartier Sand, im Stadterneuerungsgebiet München-Haidhausen und im Rosenheimer Sanierungsgebiet Altstadt-Ost ausgezeichnet.

Der neue Kreisverkehrsplatz an der Staatsstraße 2240 in Diepersdorf (Lkr. Nürnberger Land) wurde aus Mitteln des Konjunkturpakets II finanziert.

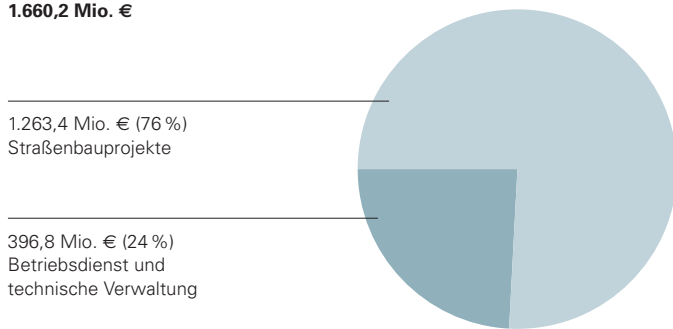




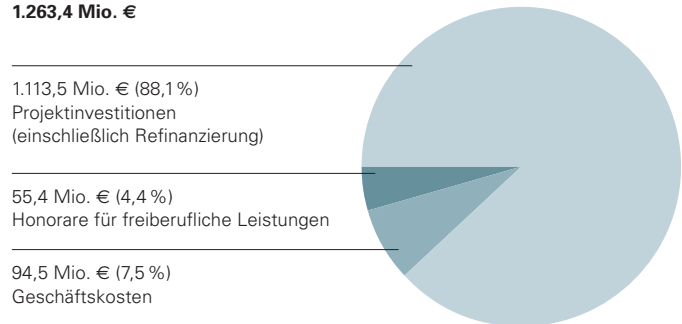
Straßenbau

Das Konjunkturprogramm hat für einen sehr erfreulichen Investitionsschub im Straßenbau gesorgt. Unsere Straßen müssen aber auch in Zukunft weiter wachsenden Belastungen standhalten. Eine zukunftsfähige Straßeninfrastruktur in Bayern braucht deshalb eine dauerhaft ausreichende Finanzausstattung für Ausbau und Erhaltung.

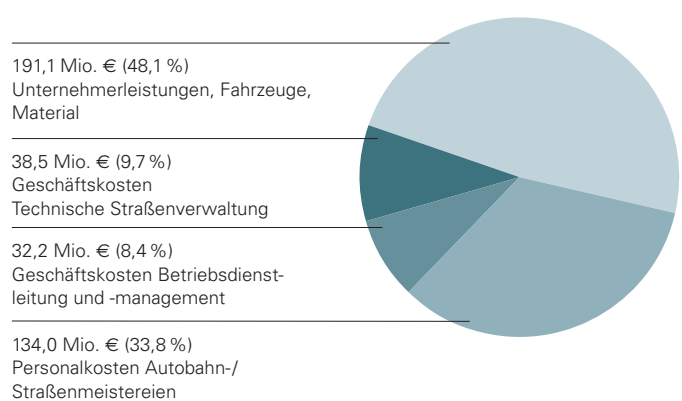
Gesamtvolumen 2010
1.660,2 Mio. €



Straßenbauprojekte 2010
1.263,4 Mio. €



Betriebsdienst und technische Straßenverwaltung 2010
396,8 Mio. €





Ersatzneubau der Sinnthalbrücke im Zuge der A 7 bei Bad Brückenau in der Röhn. Das neue 755 Meter lange und bis zu 44 Meter hohe Bauwerk mit Gesamtkosten von 52 Millionen € soll 2013 in Betrieb genommen werden.

Straßenbau in Bayern 2010

Die Autobahnen und Bundesstraßen in Bayern haben im vergangenen Jahr erneut von den Konjunkturpaketen profitiert. Den Rekordhaushalt des Jahres 2009 hat die Bayerische Straßenbauverwaltung zwar nicht mehr erreicht; dennoch können wir mit einer Finanzausstattung von rund 1,1 Milliarden € aus dem Bundesfernstraßenhaushalt – dem bislang zweithöchsten Jahresergebnis – zufrieden sein.

33 große Bedarfsplanprojekte mit einem Gesamtvolumen von 1,6 Milliarden € waren bayernweit in Bau. Ein Investitionsschwerpunkt war der sechsstreifige Ausbau der A 3 zwischen Aschaffenburg und Würzburg auf einer Länge von insgesamt 40 Kilometern. Fertiggestellt wurde der sechsstreifige Ausbau eines vier Kilometer langen Abschnitts der A 8 im Bereich des Autobahnkreuzes Ulm/Elchingen. Bei den Bundesstraßen konnten 2010 die Ortsumgehungen von Puchheim (B 2), Lehrberg (B 13), Ebersberg (B 304) und Dirnaich (B 388) für den Verkehr freigegeben werden.

Für den Ausbau und die Erhaltung des 13.600 Kilometer langen Staatsstraßennetzes in Bayern hatten wir 2010 – trotz zusätzlicher Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes – einen deutlichen Rückgang der Haushaltsmittel gegenüber den Jahren 2008/2009 zu verzeichnen. 188 Millionen € wurden in Bauprojekte investiert. Das ist im Hinblick auf den großen Ausbau- und Erhaltungsbedarf im Staatsstraßennetz nicht zufriedenstellend.

Ein erfreuliches Ereignis im Staatsstraßenbau 2010 war die durchgehende Fertigstellung der Flughafentangenten Ost im Bereich des Flughafens München zwischen den Autobahnen A 92 und A 94.



Das Konjunkturpaket II des Bundes hat zahlreiche dringend notwendige Erhaltungsmaßnahmen im Staatsstraßennetz ermöglicht, wie hier auf der St 2253 südlich von Bad Windsheim in Mittelfranken

Restarbeiten auf der 6-streifig mit Betonfahrbahnen ausgebauten A 8. Am 9. Dezember 2010 wurde die neue Autobahn zwischen München und Augsburg durchgehend für den Verkehr freigegeben.



Schneller Ausbau der A 8 Ulm – Augsburg – München

Am 30. April 2007 war der Startschuss für den sechsstreifigen Ausbau der stauanfälligen und unfallträchtigen Autobahn A 8 zwischen München und Ulm gefallen. Der Ausbau der Autobahn sowie deren Betrieb und Erhaltung auf 30 Jahre als Baukonzession wurde nach dem sogenannten A-Modell an ein privates Betreiberkonsortium vergeben. Der Vertragsunterzeichnung vorausgegangen war ein aufwändiges, zwei Jahre dauerndes Vergabeverfahren. Den Leistungsumfang sowie die Rechte und Pflichten der Vertragspartner fixiert ein 130 Aktenordner umfassendes Regelwerk, dessen Herzstück der 90-seitige Konzessionsvertrag ist. Für die Bayerische Straßenbauverwaltung war es der größte Vertrag, der jemals geschlossen wurde. Er umfasst Vertragsvolumen von rund 750 Millionen €.

Am 9. Dezember 2010 wurde die A 8 nach nur 3 ½ Jahren Bauzeit zwischen Augsburg und München durchgehend sechsstreifig für den Verkehr freigegeben. 37 Kilometer Autobahn, 100 Brücken, 26 Rückhaltebecken und 40 Kilometer Lärmschutzanlagen wurden in dieser Zeit neu gebaut. Die

Erfahrungen mit dem neuen Modell in der Bauphase waren sehr positiv. Die Erwartungen an ein hohes Qualitätsniveau beim Bau sowie Termintreue und Kostensicherheit haben sich erfüllt. Auch der Betriebsdienst in privater Hand verlief bislang reibungslos.

Aufgrund der positiven Erfahrungen wollen wir nun weitere 41 Kilometer der A 8 zwischen Günzburg und Augsburg im Rahmen eines A-Modells sechsstreifig ausbauen. Auf gesamter Strecke besteht Baurecht. Das Vergabeverfahren wurde Anfang 2009 begonnen. Im Dezember 2010 hat der Bund nach abschließender Angebotsprüfung der Vergabe des Konzessionsvertrags zugestimmt. 2011 soll mit dem Bau begonnen und der Streckenabschnitt bis Ende 2014 für den Verkehr freigegeben werden.



Der Radverkehr hat für die Bayerische Staatsregierung einen sehr hohen Stellenwert. Er ist ein wichtiger Teil bayerischer Verkehrspolitik. Das flexible und umweltfreundliche Fahrrad eignet sich im Alltag bevorzugt für den Entfernungsbereich bis 5 km. Auch für die Freizeitnutzung ist es ein attraktives Verkehrsmittel.

Boom im Radwegbau

Das Förderprogramm »Staatsstraßenumfahrungen in gemeindlicher Sonderbaulast« gibt es seit 1999. Mit diesem Programm können Gemeinden in eigener Initiative und auf eigene Rechnung Ortsumfahrungen im Zuge von Staatsstraßen bauen und dafür eine staatliche Förderung in Anspruch nehmen. Die Fördermittel werden über den kommunalen Finanzausgleich aus dem Kfz-Steuerverbund bereitgestellt. Inzwischen sind auf diese Weise bayernweit 61 Ortsumfahrungen entstanden.

2009 hat der Bayerische Landtag den Förderkatalog erweitert, um angesichts der Finanzkrise die Nachfrage durch zusätzliche Bauaufträge zu beleben. Förderfähig ist seither unter anderem auch der Bau von Radwegen an Staatsstraßen durch Gemeinden. Ein attraktiver Fördersatz von 75 % und die pauschale Einbeziehung von Planungskosten in die zuwendungsfähigen Kosten führten zu einer großen Nachfrage.

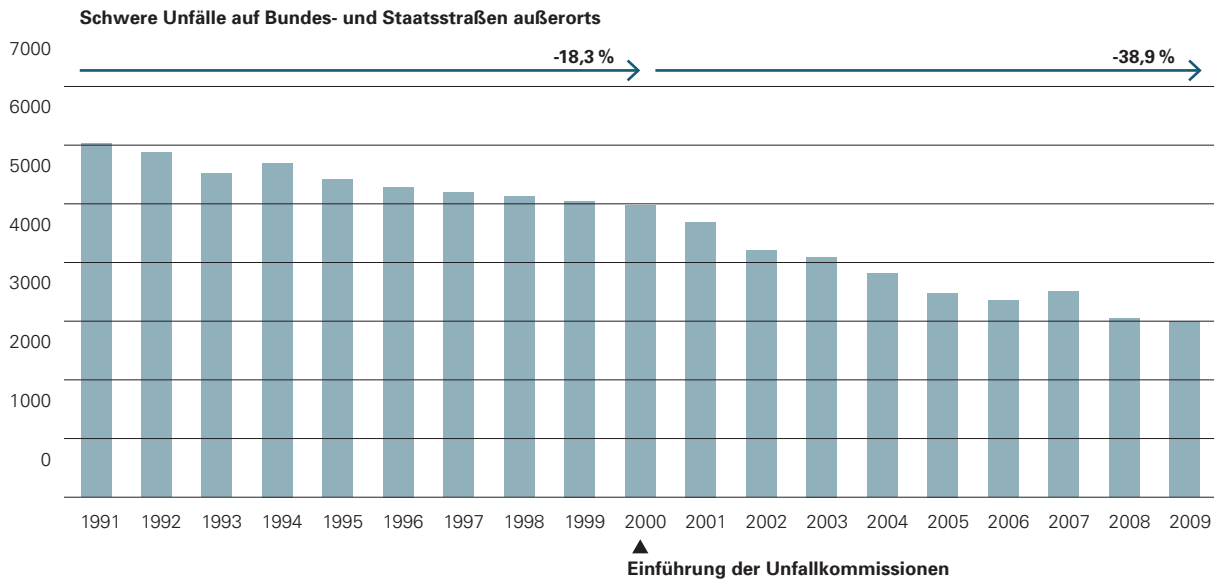
In der Folge konnte der Freistaat Bayern den Gemeinden Förderzusagen in Höhe von 56 Millionen € für den Neubau von insgesamt 280 Kilometer Radwegen an Staatsstraßen geben. Berücksichtigt man dazu noch die aus dem Bundesfern- und Staatsstraßenhaushalt eingesetzten Mittel für den Radwegbau sowie die Förderungen aus dem Härtefonds des Finanzausgleichsgesetzes, so war 2010 für Radler in Bayern ein ganz besonderes Jahr mit herausragend hohen Investitionen in ein sicheres und attraktives Radwegenetz.

Der neue Geh- und Radweg an der Staatsstraße 2009 zwischen Altusried und Kimratshofen im Oberallgäu wurde aus dem Sonderbaulastprogramm des Freistaats Bayern gefördert.





Unfallkommission mit je einem Vertreter des Staatlichen Bauamts, der Verkehrsbehörde und der Polizei bei der örtlichen Untersuchung einer Unfallhäufungsstelle.



10 Jahre Unfallkommissionen in Bayern

Die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer auf Bayerns Straßen steht an erster Stelle. Das Innenministerium hat deshalb im Jahr 2000 bayernweit so genannte »Unfallkommissionen« als Kompetenzteams für alle Fragen rund um die Sicherheit im Straßenverkehr eingerichtet. Vertreter der verantwortlichen staatlichen Institutionen, nämlich Polizei, Verkehrsbehörden und Straßenbaubehörden, arbeiten in den Unfallkommissionen eng zusammen. Sie haben die Aufgabe, Verkehrsunfälle zu analysieren und für die Beseitigung erkennbarer Unfallursachen zu sorgen. Für das fast 26.000 Kilometer lange Straßennetz, das die Bayerische Straßenbauverwaltung betreut, wurden 107 Unfallkommissionen mit insgesamt 350 Mitgliedern eingerichtet.

Die bayerischen Unfallkommissionen können anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens eine beachtliche Bilanz vorweisen: An 2.900 Unfallhäufungsstellen wurden insgesamt 7.700 Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit realisiert und hierfür 430 Millionen € investiert. 2.800 dieser Maßnahmen waren zum Teil sehr kostenintensive Umbauprojekte. In 3.200 Fällen wurde eine Beschilderung angeordnet, über 1.000 mal wurde die Straßenmarkierung verbessert und 700 mal die polizeiliche Überwachung an den Unfallhäufungen intensiviert. Diese Maßnahmen zeigen Wirkung: Die Zahl der Unfälle mit getöteten oder schwer verletzten Personen ist in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent zurückgegangen und damit mehr als doppelt so stark, wie im gleichen Zeitraum vor Einführung der Unfallkommissionen.

Trotz der Erfolge der Verkehrssicherheitsarbeit in Bayern bleibt noch viel zu tun. Ein wichtiger Aspekt für die Unfallkommissionen wird es sein, Schritt für Schritt so genannte »Fehler verzeihende Seitenräume« entlang unserer Landstraßen zu verwirklichen.

LKW-Stellplätze an Autobahnen

Übermüdete LKW-Fahrer sind eine große Gefahr auf den Straßen. Entsprechend streng sind die gesetzlichen Ruhezeiten und deren Überwachung. Was aber, wenn die Fahrer an der Autobahn nicht genügend Abstellmöglichkeiten finden? Die Situation hat sich durch den zunehmenden Transitverkehr infolge der europäischen Integration verschärft.

Die Autobahndirektionen wenden deshalb schon seit Jahren erhebliche Planungskapazitäten und Baumittel auf, um Rastanlagen an Autobahnen neu zu bauen oder bestehende zu erweitern. Bis 2008 wurden schon 1200 zusätzliche LKW-Stellplätze geschaffen. Eine bayernweite Erhebung im Jahr 2008 hatte aber gezeigt, dass noch immer ein Defizit von 4500 Stellplätzen besteht.





Mehr Stellplätze für LKW: Umbau und Erweiterung der Tank- und Rastanlage Vaterstetten am Autobahnring München.

Ein Investitionsschwerpunkt im Bundesfernstraßenbau ist seit Jahren die A 3 zwischen Aschaffenburg und dem Autobahnkreuz Biebelried. Der sechsstreifige Ausbau der 94 Kilometer langen Strecke soll bis 2017 abgeschlossen sein und kostet 1,2 Milliarden Euro. Seit März 2011 liegt für die gesamte Strecke Baurecht vor.



In der Folge haben wir bis Ende 2010 zusätzlich 950 LKW Stellplätze gebaut. Weitere 13 Maßnahmen mit insgesamt 600 zusätzlichen Stellplätzen sind aktuell in Bau, wie beispielsweise die Erweiterung der Rastanlagen »Röhn/Ost« und »Riedener Wald/West« an der A 7 oder der Neubau der Rastanlage »Waldnaabtal« an der A 93. Für 57 Projekte mit 2600 zusätzlichen Stellplätzen laufen Planungen oder bereits die erforderlichen Genehmigungsverfahren.

Ein weiterer Baustein zur Verbesserung der Stellplatzsituation ist die Verkehrstelematik. Mit Parkleit- und -informationssystemen sollen LKW-Fahrer frühzeitig über freie Stellplätze oder belegte Anlagen informiert werden. Hierzu laufen bundesweit mehrere Pilotversuche. An der A 70 bei Knetzgau ist bereits eine Anlage in Betrieb. Sie informiert LKW-Fahrer auf der Autobahn über freie Stellplätze im angrenzenden Autohof. An der A 9 soll zwischen den Rastanlagen Nürnberg-Feucht und Köschinger Forst die Parkplatzbelegung über den Zu- und Abfluss von Fahrzeugen ermittelt werden. Die LKW-Fahrer erhalten dann bereits auf der Strecke Informationen darüber, ob und wo noch Stellplätze zur Verfügung stehen. Die Planungen hierfür laufen.

Ausblick

Für die Bundesfernstraßen in Bayern stehen uns Anfang 2011 894 Millionen € zur Verfügung. Das ist das Niveau der vergangenen Jahre ohne Konjunkturprogramme. Auch wenn im Laufe des Jahres dieser Ansatz noch aufgestockt werden sollte, werden wir gegenüber den beiden Vorjahren wohl deutlich zurückfallen.

Im Staatsstraßenbau verbessert sich 2011 die Finanzausstattung trotz der auslaufenden Konjunkturprogramme und der notwendigen Haushaltskonsolidierung, denn die gravierenden Frostschäden nach dem Winter 2010/2011 haben drastisch gezeigt, dass in die Straßenerhaltung mehr zu investieren ist.

Sowohl im Bundesfernstraßen- als auch im Staatsstraßennetz müssen wir uns auf die Bestandserhaltung konzentrieren und die Vielzahl der laufenden, teilweise sehr kostenintensiven Baumaßnahmen zügig zum Abschluss bringen. Einen Spielraum für Baubeginne größerer neuer Straßenprojekte gibt es derzeit nicht.

Überfüllte Rastanlagen in den Nachtstunden zeigen deutlich die noch bestehenden Defizite. Nicht selten gefährden Lastwagen, die in Zu- und Ausfahrten von Rastanlagen abgestellt werden, auch den schnellfahrenden Verkehr auf der Autobahn.

A 7 Sinntalbrücke bei Bad Brückenau:
Damit sich die neue Brücke in die
Mittelgebirgslandschaft der Röhn ein-
fügt, wurde auf die Bauwerksgestal-
tung großer Wert gelegt. Ziel dabei
war, die Transparenz im Talraum der
Sinn zu erhalten. Die neue, leichte
Stahlverbundkonstruktion lehnt sich
in ihrem Erscheinungsbild und ihrer
Form an die alte Brücke an.





Zahlen und Daten

Bauvolumen

Bauvolumen 2010 (Millionen €)

		Ist-Ausgaben ¹	davon Mittel des Bundes und der EU	Ist-Bewilligungen	Erzieltes Bauvolumen ²
1. Staatliche Baumaßnahmen und sonstige durch die Staatsbauverwaltung ausgeführte Baumaßnahmen					
Hochbau	Staatlicher Hochbau	1.037	177	0	1.037
	Hochbau Bund	535	535	0	535
	Hochbau für Dritte ³	53	0	0	53
	Zwischensumme	1.625	712	0	1.625
Straßen- und Brückenbau	Staatsstraßen	321	34	0	321
	Bundesfernstraßen	1.101	1.101	0	1.101
	Kreisstraßen und sonst. Betreuungsstraßen ³	45	0	0	45
	Zwischensumme	1.467	1.135	0	1.467
Summe 1		3.092	1.847	0	3.092
2. Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen					
Wohnungs-/ Städtebau	Wohnungsbau, 1. + 2. Förderweg	1	1	0	0
	Wohnraumförderung	136	44	242	745
	Studentenwohnraumbau	29	0	34	69
	Städtebau	122	59	146	234
	Energetische Sanierung sozialer Infrastruktur	30	19	0	0
	Energetische Sanierung Konjunkturpaket II	330	281	0	0
	Zwischensumme	648	404	422	1.048
Straßenbau	Kommunaler Straßenbau ⁴	150	125	150	334
	Ortsumfahrungen ⁵	48	0	48	62
	Zwischensumme	198	125	198	396
Summe 2		846	529	620	1.444
Summe 1 + 2		3.938	2.376	620	4.536
3. Mitwirkung bei der Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen als fachlich zuständige Verwaltung ⁶					
Hochbau	Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Schul- und Breitensportanlagen				2.423
	Zuwendungsbaumaßnahmen des Bundes inkl. Konjunkturpaket II				237
	Wohnungsfürsorge des Bundes				0
Straßenbau	Kommunaler Straßenbau ⁷				240
	Öffentlicher Personennahverkehr (U- und S-Bahnen) ⁸				115
Summe 3					3.015
Summe 1 + 2 + 3					7.551

1 Bei den Förderungsmaßnahmen (Ziffer 2) setzen sich die Ist-Ausgaben in der Regel aus Teilbeträgen für mehrere Programmjahre zusammen.

2 Das erzielte Bauvolumen ist für Ziffer 1 (staatliche Baumaßnahmen etc.) identisch mit den Ist-Ausgaben.

Für Ziffer 2 (Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen) ergibt sich das erzielte (geförderte) Bauvolumen aus den Ist-Bewilligungen und aus den Leistungen der Zuwendungsempfänger.

3 Nur soweit sie in der Betreuung der Staatsbauverwaltung stehen.

4 Förderung mit Mitteln nach § 2 BayGVFG (Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz).

5 Staatliche Zuweisungen zum Bau von in gemeindlicher Sonderbaulast stehenden Ortsumfahrungen im Zuge von Staatsstraßen.

6 Mitwirkung nach Verwaltungsvorschrift Nr. 6 zu Art. 44 BayHO (Bayerische Haushaltsordnung) und Nrn. 2, 4 und 7 BayZBau (Baufachliche Ergänzungsbestimmungen für Zuwendungen) sowie den entsprechenden Bestimmungen der Bundeshaushaltsordnung.

7 Förderung mit FAG (Finanzausgleichsgesetz)-Mitteln.

8 Förderung mit FAG-Mitteln und Mitteln des BayGVFG (Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz).

Entwicklung des Bauvolumens von 1994 bis heute (Millionen €)

	1994	1996	1998	2000	2002	2004	2006	2008	2009	2010
1. Staatliche Baumaßnahmen und sonstige durch die Staatsbauverwaltung ausgeführte Baumaßnahmen	2.108	2.266	2.315	2.312	2.349	2.390	2.462	2.789	3.140	3.092
2. Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen	2.685	2.365	2.133	2.095	2.246	1.349	1.228	1.478	2.709	1.444
3. Mitwirkung bei der Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen als fachlich zuständige technische Verwaltung	3.190	2.854	2.220	1.921	2.324	2.060	2.047	2.163	2.868	3.015
Summe	7.983	7.485	6.668	6.329	6.919	5.799	5.737	6.430	8.717	7.551

Stellenentwicklung 1995 – 2019

Die Zahlen für 1995 – 2011 sind den jeweiligen Haushaltsplänen des Einzelplans 03B entnommen.

1995	1997	1999	2001	2003	2005	2007	2009	2011	2019
13.207	13.129	12.992	12.317	11.865	11.579	11.073	10.851	10.652	10.084

Beschäftigte nach Altersgruppen und Geschlecht

Stand 1. Januar 2011

	Männer		Frauen		Summe	
60 und älter	874	11%	192	8%	1.066	10%
55–59	1.192	15%	297	12%	1.489	14%
50–54	1.452	19%	406	16%	1.858	18%
45–49	1.469	19%	501	20%	1.970	19%
40–44	1.119	14%	429	17%	1.548	15%
35–39	683	9%	295	12%	978	9%
30–34	458	6%	187	7%	645	6%
25–29	295	4%	131	5%	426	4%
24 und jünger	299	4%	108	4%	407	4%
Summe	7.841	100%	2.546	100%	10.387	100%
	75%		25%		100%	

Beschäftigte nach Verwaltungsebene und Beschäftigungsgruppen Einfluss von Ausbildung, Teilzeit und Beurlaubungen

(Stand 1. Januar 2011)

	Beschäftigte	Beschäftigte (Vollzeitäquivalent)	davon	Referendare und Anwärter	Altersteilzeit Freiphase	Beurlaubt (z. B. Elternzeit)	Aktive Beschäftigte (Vollzeitäquivalent)
Oberste Baubehörde							
Beamte	244	234			6	8	220
Tarifbeschäftigte	104	93			5	4	84
Regierungen							
Beamte	163	154			8	5	141
Tarifbeschäftigte	14	13			1		12
Autobahndirektionen							
Beamte	303	286			10	3	273
Tarifbeschäftigte	1.056	991			38	28	924
Auszubildende	20	20					20
Autobahnmeistereien							
Beamte	65	65					65
Tarifbeschäftigte	1.074	1.055			29	6	1.020
Auszubildende	21	21					21
Staatliche Bauämter							
Beamte	1.433	1.331		96	49	51	1.135
Tarifbeschäftigte	3.391	3.076			230	87	2.759
Auszubildende	84	84				1	83
Straßenmeistereien							
Beamte	102	102			1		101
Tarifbeschäftigte	2.280	2.228			85	6	2.137
Auszubildende	33	33					33
Summe	10.387	9.786		96	463	199	9.029

Bauausgaben und Baunebenkosten im Staatlichen Hochbau ¹

	Bauunterhalt	Kleine Baumaßnahmen (bis 1 Mio. €)	Große Baumaßnahmen (über 1 Mio. €)	Gesamt €
Bund				
Bauausgaben	59.322.471	100.735.430	260.114.575	420.172.475
Baunebenkosten ²				74.078.596
Dritte (Bund) ³				
Bauausgaben	14.837.593	15.252.778	7.897.971	37.988.342
Baunebenkosten ²				2.789.096
	74.160.063	115.988.209	268.012.546	535.028.510
Land				
Gesamtausgaben ⁴	190.819.308	138.148.187	707.750.935	1.036.718.430
Dritte (Land) ⁵				
Gesamtausgaben ⁴	20.201.625	23.911.811	8.632.361	52.745.797
	211.020.933	162.059.998	716.383.296	1.089.464.228
Bund + Land	285.180.996	278.048.207	984.395.842	1.624.492.738

1 Die Werte in dieser Tabelle sind wegen der unterschiedlichen Zuordnung und Gliederung der Baunebenkosten nicht direkt mit der Tabelle »Bauausgaben und Kostenstruktur im Staatlichen Hochbau« vergleichbar.

2 Im Wesentlichen Kosten der Planung und Bauleitung

3 z. B. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

4 Einschließlich der Baunebenkosten, soweit diese nach Haushaltsrecht zum Bautitel gehören.

5 z. B. Kurverwaltungen, Öffentlich-Rechtliche Stiftungen

Bauausgaben ¹ im Staatlichen Hochbau 2010 nach Regierungsbezirken

Regierungsbezirk	Bauunterhalt	Kleine Baumaßnahmen (bis 1 Mio. €)	Große Baumaßnahmen (über 1 Mio. €)	Bauausgaben Bund/ Land gesamt, €
Oberbayern	123.770.855	93.070.287	410.868.011	627.709.152
Niederbayern	15.378.496	17.792.882	55.220.519	88.391.898
Oberpfalz	36.674.983	34.344.996	133.088.013	204.107.993
Oberfranken	22.072.075	23.055.982	50.868.410	95.996.466
Mittelfranken	28.617.513	34.101.673	173.371.863	236.091.049
Unterfranken	36.357.991	51.399.066	128.393.826	216.150.882
Schwaben	22.309.084	24.283.321	109.452.893	156.045.299
Summe	285.180.996	278.048.207	1.061.263.535	1.624.492.738

1 einschließlich der Baunebenkosten

Bausgaben und Kostenstruktur im Staatlichen Hochbau ¹

	2009		2010	
	€	%	€	%
Große ² und Kleine Hochbaumaßnahmen				
Bausgaben	1.014.200.000	82 %	1.132.700.000	82 %
Honorare der Architekten und Ingenieure	138.800.000	11 %	161.600.000	11 %
Personalkosten der Bauämter	75.100.000	6 %	79.100.000	6 %
Interne Sachkosten	12.000.000	1 %	12.700.000	1 %
	1.240.100.000	100 %	1.386.100.000	100 %
Bauunterhalt ³				
Bausgaben	296.200.000	84 %	270.300.000	82 %
Honorare der Architekten und Ingenieure	17.900.000	5 %	18.700.000	6 %
Personalkosten der Bauämter	34.600.000	10 %	33.900.000	10 %
Interne Sachkosten	5.500.000	2 %	5.400.000	2 %
	354.200.000	100 %	328.300.000	100 %
Gesamt				
Große ² und Kleine Hochbaumaßnahmen	1.240.100.000	76 %	1.386.100.000	79 %
Bauunterhalt ³	354.200.000	22 %	328.300.000	19 %
Sonstige Kosten ⁴	33.600.000	2 %	31.700.000	2 %
Summe	1.627.900.000	100 %	1.746.100.000	100 %

1 Die Werte in dieser Tabelle sind wegen der unterschiedlichen Zuordnung und Gliederung der Bauebenkosten nicht direkt mit der Tabelle »Bausgaben und Bauebenkosten im Staatlichen Hochbau« vergleichbar.

2 Mit Gesamtkosten von über 1 Mio. €.

3 Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten

4 Kosten von Tätigkeiten, die nicht direkt mit Baumaßnahmen zusammenhängen: z. B. Baufachliche Liegenschaftsbetreuung und Projektentwicklung, Allgemeine Baufachliche Angelegenheiten (Wertermittlungen, Mitwirkung bei Zuwendungsbaumaßnahmen u. a.)

Vergabefälle im Staatlichen Hochbau 2010

(ohne Vergaben an freiberuflich tätige Architekten, Ingenieure und Sonderfachleute)

Vergabeart	Nach VOB/A			Nach VOL/A			Summe
	Land	Bund	Gesamt	Land	Bund	Gesamt	
I. Aufträge ab 10.000 €							
unterhalb des EU-Schwellenwertes sowie NATO und Gaststreitkräfte							
Öffentliche Ausschreibung	1.073	568	1.641	12	5	17	1.658
Beschränkte Ausschreibung	2.059	1.497	3.556	19	7	26	3.582
Beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb	24	7	31	0	0	0	31
Freihändige Vergabe nach Aufhebung	91	36	127	4	3	7	134
Freihändige Vergabe mit formloser Angebotsbeziehung	1.372	447	1.819	72	24	96	1.915
Freihändige Vergabe ohne Wettbewerb	721	202	923	59	11	70	993
NATO-ICB-Verfahren	0	5	5	0	0	0	5
Summe 1	5.340	2.762	8.102	166	50	216	8.318
oberhalb des EU-Schwellenwertes							
Offenes Verfahren	696	9	705	5	0	5	710
Nichtoffenes Verfahren	12	0	12	0	0	0	12
Verhandlungsverfahren	20	1	21	1	0	1	22
Summe 2	728	10	738	6	0	6	744
II. Aufträge unter 10.000 €							
< 5.000 €	45.471	9.996	55.467	5.042	673	5.715	61.182
5.000 € bis 10.000 €	7.442	832	8.274	2.885	29	2.914	11.188
Summe 3	52.913	10.828	63.741	7.927	702	8.629	72.370
Gesamtsumme (Summe 1 + 2 + 3)	58.981	13.600	72.581	8.099	752	8.851	81.432

2010 neu begonnene Projekte des Staatlichen Hochbaus (> 5 Mio. €)

	Gesamtkosten Mio. €
Staatliches Bauamt Freising	
Versuchsstation Puch; Grünes Zentrum	9,2
Staatliches Bauamt München 1	
Residenz München, Sanierung und Ausbau, 4. Teilbaumaßnahme Dächer und Fassaden Königsbau Ost	7,6
Universität der Bundeswehr München-Neubiberg; Sanierung des Unterkunftsgebäudes 1	7,1
Universität der Bundeswehr München-Neubiberg; Grundinstandsetzung Gebäude 33/400	10,9
Universität der Bundeswehr München-Neubiberg; Grundinstandsetzung Gebäude 35/200	22,0
Universität der Bundeswehr München-Neubiberg; Gebäude 35 – Brandschutzkonzept	5,3
Universität der Bundeswehr München-Neubiberg; Aufbau Fernwärmeversorgungsnetz	8,2
Staatliches Bauamt München 2	
Bayerischer Landtag im Maximilianeum; Erweiterungsbau im Nordhof	17,5
Ludwig-Maximilian-Universität München; Unterbringung einer Kinderkrippe und von Seminarräumen	6,0
Klinikum der Universität München; Modernisierung des Bettenhauses, 1. Bauabschnitt; 1. Teilbaumaßnahme: Anbindung an das OP-Zentrum	13,7
Techn. Universität München; Sanierung Entwässerungsanlage im Stammgelände	5,1
Klinikum Rechts der Isar der TU München; Sanierung des Abwassernetzes	18,5
Staatliches Bauamt Passau	
Universität Passau; Sanierung der Mensa	8,0
Staatliches Bauamt Amberg-Sulzbach	
Fachhochschule Amberg-Weiden; Neubau Mensagebäude	5,5
Staatliches Bauamt Regensburg	
Universität Regensburg; Sanierung des Gebäudekomplexes Philosophie und Theologie, 1. Bauabschnitt	6,8
Universität Regensburg; Errichtung eines Ausweichgebäudes für die Naturwissenschaften	70,2
Klinikum der Universität Regensburg; Sanierung der Zahn-, Mund- und Kieferklinik	20,7
Staatliches Bauamt Bamberg	
Vermessungsamt Coburg; Umbau/Sanierung Dienstgebäude	5,0
Staatliches Bauamt Bayreuth	
Zentraljustizgebäude Hof, Berliner Platz 1, Um- und Erweiterungsbau	28,9
Universität Bayreuth; Errichtung eines Labor- und Praktikumsgebäudes für Natur- und Ingenieurwissenschaften mit Büro- und Unterrichtsräumetrakt	16,5
Universität Bayreuth; Errichtung eines Forschungsgebäudes »Polymer Nanostructures«	8,2

	Gesamtkosten Mio. €
Staatliches Bauamt Erlangen-Nürnberg	
Akademie der Bildenden Künste Nürnberg; Neubau/Erweiterung an der Bingstraße	9,8
Universität Erlangen-Nürnberg; Sanierung der Mensa und Cafeteria im Südgelände	19,4
Universität Erlangen-Nürnberg; Umbaumaßnahmen in der Gruppe Chemie auf dem Erlanger Südgelände zur Unterbringung des Exzellenzclusters »Engineering of Advanced Materials«	14,5
Universität Erlangen-Nürnberg; Errichtung eines Forschungsbaus für die Bereiche Partikelsynthese und Optik des Exzellenzclusters »Engineering of Advanced Materials«	8,0
Polizeipräsidium Nürnberg, Jakobsplatz; Sanierung der Altbauten	21,2
Klinikum der Universität Erlangen-Nürnberg; Errichtung eines Forschungsgebäudes – »Zentrum für translationale klinische Forschung« oder »Translational Research Center«	24,8
Staatliches Bauamt Nürnberg	
Urlas Training Area; Errichtung eines Einkaufszentrums (PX)	16,8
Finanzamt Fürth; Errichtung Erweiterungsbau und Sanierung Altbau	11,3
Staatliches Bauamt Würzburg	
Bereitschaftspolizei Würzburg; Umbau und Sanierung des Gebäude 16	15,2
Staatliches Bauamt Ansbach	
Fachhochschule Ansbach; Erweiterung Nordgelände	7,7
Staatliches Bauamt Augsburg	
Landespolizei Donauwörth; Sanierung der Dienstgebäude und Beseitigung statisch-konstruktiver Mängel	9,5
Staatliches Bauamt Kempten	
General-Oberst-Beck Kaserne Sonthofen; Ver- und Entsorgung, Außenanlagen, Sportanlagen	14,0
Staatliches Bauamt Krumbach	
Akademie für Lehrerfortbildung Dillingen, ehem. Kapuzinerkloster; Umbau und Sanierung	6,2

**2010 übergebene Projekte des Staatlichen Hochbaus
(> 5 Mio. €)**

	Gesamtkosten Mio. €
Staatliches Bauamt Ingolstadt	
Flugplatz Manching (WtD 61), Sanierung Halle 213 und 211 (Euro Hawk)	9,4
Staatliches Bauamt München 1	
Europäische Schule München; Neubau eines Mensagebäudes mit Küche, naturwissenschaftlichen Fachbereichen und Verwaltungsräumen	16,7
Staatliches Bauamt München 2	
Ludwig-Maximilian-Universität München; Schaffung eines Theologicums	6,5
Fachhochschule München; Sanierung und Anpassung des Gebäude E	21,4
Technische Universität München; Aufbau eines hochschulinternen Rechnernetzes, 2. Bauabschnitt	8,3
Technische Universität München; Walter-Schottky-Institut; Neubau (CNN)	11,6
Klinikum der Universität München; Psychiatrische Klinik; Neubau Kinder- und Jugendpsychiatrie, 3. Bauabschnitt	8,3
Staatliches Bauamt Passau	
Gymnasium Pfarrkirchen; Sanierung des Schulgebäudes 1. und 2. Teilbaumaßnahme	7,6
Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe Straubing; Neubaumaßnahme Technologie und Förderzentrum, 2. Bauabschnitt	6,4
Baudienststelle Grafenwöhr	
Truppenübungsplatz Grafenwöhr – East Camp, Area 800; Gebäude Nummer 800, 801, 810 und 811 Kompanie-Operations-Gebäude	6,2
Truppenübungsplatz Grafenwöhr – East Camp, Area 900; Gebäude Nummer 935 – Fahrzeugwartungsanlagen	12,5
Truppenübungsplatz Grafenwöhr – East Camp, Area 900; Gebäude Nummer 805 – Fahrzeugwartungsanlagen	12,7
Staatliches Bauamt Amberg-Sulzbach	
Truppenübungsplatz Grafenwöhr – East Camp, Area 600; Gebäude Nummer 642; Renovierung von Unterkünften	7,4
JVA Amberg, Neubau Arbeitsbetriebsgebäude II	5,5

	Gesamtkosten Mio. €
Staatliches Bauamt Regensburg	
Klinikum der Universität Regensburg; Errichtung einer Klinik und Poliklinik für Pädiatrie	18,5
Bayer. Bereitschaftspolizei – Außenstelle Herzogau; Generalsanierung der Aus- und Fortbildungsstätte für Diensthundeführer und Diensthunde	5,4
Klinikum der Universität Regensburg; Errichtung eines Forschungsgebäudes	33,1
Staatliches Bauamt Ansbach	
Landesfinanzschule Bayern Ansbach; Erweiterung des Hörsaal- und Unterkunftstrakts sowie der Mensa	10,6
Staatliches Bauamt Würzburg	
Justizgebäude Würzburg, Ottostraße, Sanierung Altbau und Erweiterungsbau	33,1

Haushaltsmittel für die Wohrauförderung in Bayern (Mio. €)

	2007	2008	2009	2010	2011
Landesmittel	165,0	160,5	165,0	165,0	155,0
Bundesmittel	30,0	33,0	50,0	50,0	50,0
Summe	195,0	193,5	215,0	215,0	205,0

Bayerisches Modernisierungsprogramm (Mio. €)

	2006	2007	2008	2009	2010
Bewilligte Mittel	121,5	165,1	168,7	175,6	76,2

Fördermaßnahmen in der Miet-, Eigenwohnraum- und Modernisierungsförderung in Bayern 2006–2010

Bayerisches Wohnungsbauprogramm, Bayerisches Zinsverbilligungsprogramm, Bayerisches Modernisierungsprogramm

	2006	2007	2008	2009	2010
Eigenwohnungen	4.363	3.972	4.870	4.755	5.006
Mietwohnungen	1.660	1.435	1.258	1.453	1.719
Heimplätze	2.005	268	392	485	344
Modernisierung Mietwohnungen und Heimplätze	5.303	6.135	7.075	5.245	2.209

Wohnungsbaugenehmigungen und Wohnungsbaufertigstellungen in Bayern nach Gebäudeart

	Gebäudetyp	Wohnungsbaugenehmigungen			Wohnungsbaufertigstellungen		
		Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Anzahl je 1.000 Einw.	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Anzahl je 1.000 Einw.
2006	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	28.155	10,3	2,3	27.753	0,8	2,2
	Neue Mehrfamilienhäuser	18.033	1,8	1,4	22.945	58,2	1,8
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	5.904	1,9	0,5	5.925	7,5	0,5
	Neue Nichtwohngebäude	965	45,1	0,1	907	23,9	0,1
	Summe	53.057	6,7	4,3	57.530	19,2	4,6
2007	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	18.364	-34,8	1,5	24.219	-12,7	1,9
	Neue Mehrfamilienhäuser	13.407	-25,7	1,1	14.114	-38,5	1,1
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	4.225	-28,4	0,3	4.702	-20,6	0,4
	Neue Nichtwohngebäude	863	-10,6	0,1	888	-2,1	0,1
	Summe	36.859	-30,5	2,9	43.923	-23,7	3,5
2008	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	17.089	-6,9	1,4	18.882	-22,0	1,5
	Neue Mehrfamilienhäuser	13.639	1,7	1,1	12.891	-8,7	1,0
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	3.870	-8,4	0,3	3.711	-21,1	0,3
	Neue Nichtwohngebäude	455	-47,3	0,0	762	-14,2	0,1
	Summe	35.053	-4,9	2,8	36.246	-17,5	2,9
2009	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	18.168	6,3	1,5	16.025	-15,1	1,3
	Neue Mehrfamilienhäuser	13.453	-1,4	1,1	11.441	-11,2	0,9
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	3.439	-11,1	0,3	3.345	-9,9	0,3
	Neue Nichtwohngebäude	579	27,3	0,0	524	-31,2	0,0
	Summe	35.639	1,7	2,9	31.335	-13,5	2,5
2010	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	20.863	14,8	1,7	17.558	9,6	1,4
	Neue Mehrfamilienhäuser	17.099	27,1	1,4	11.807	3,2	0,9
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	3.771	9,7	0,3	3.200	-4,3	0,3
	Neue Nichtwohngebäude	683	18,0	0,1	572	9,2	0,0
	Summe	42.416	19,0	3,4	33.137	5,8	2,6

Wohnungsbestand in Bayern

	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2005	2009
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	1.716.142	2.619.315	3.506.619	4.411.616	4.752.471	5.577.859	5.837.093	5.996.081

Wohngeld in Bayern

	2007	2008	2009	2010	2011
Ausbezahltes Wohngeld in Mio. €	95,2	69,8	148,9	168,2	150,0*
Zahl der reinen Wohngeldempfängerhaushalte	54.052	51.716	82.495	80.000*	80.000*
Zahl der Mischhaushalte	1.281	4.452	11.933	6.000*	6.000*
Zahl der Wohngeldempfängerhaushalte insgesamt	55.333	56.168	94.428	86.000*	86.000*

* Schätzung

Haushaltsmittel in der Städtebauförderung in Bayern (Mio. €)

	2007	2008	2009	2010	2011
Landesmittel	59,4	95,8	73,0	76,9	66,2
Bundesmittel	41,9	37,2	67,0	54,7	42,7
EU-Mittel	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Gesamt	115,4	147,0	153,7	145,5	122,9

Längenstatistik 2010 der überörtlichen Straßen

Straßenklasse	Straßennetz Bundesrepublik Deutschland [km]	Straßennetz Bayern [km]	Längenanteil Bayerns am Straßennetz BRD	Von der bayerischen Straßenbauverwaltung betreutes Netz [km]	Längenanteile der betreuten Straßen
Autobahnen	12.813	2.503	20 %	2.503	10 %
Bundesstraßen	39.887	6.549	16 %	6.329	25 %
Staatsstraßen	86.615	14.027	16 %	13.601	53 %
Kreisstraßen	91.654	18.805	21 %	3.073	12 %
Summe	230.969	41.884	18%	25.506	100 %

Verkehrsstatistik 2010 der überörtlichen Straßen

Straßenklasse	Verkehrsmenge (DTV) außerorts [Kfz/24h]	Jahresfahrleistung außerorts [Mrd. Kfz-km]	Anteil der Straßenklasse an der Jahresfahrleistung
Autobahnen	46.560	42,3	48 %
Bundesstraßen	9.765	19,9	23 %
Staatsstraßen	3.925	16,1	18 %
Kreisstraßen	1.804	10,1	11 %
Summe		88,4	100 %

Entwicklung der Straßenbauhaushalte in den letzten 10 Jahren (alle Angaben in Mio. €)

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Bundesfernstraßen										
Projekte des Bedarfsplans	326	386	402	473	522	504	438	471	446	468
Sonstiger Um- und Ausbau	103	91	104	116	103	117	114	112	166	204
Bestandserhaltung	184	145	116	137	146	175	192	223	402	217
Betriebsdienst	159	158	158	167	170	184	165	172	187	190
Planung und Bauleitung	30	25	33	31	30	37	30	33	41	22
Summe	802	805	813	924	971	1017	939	1011	1242	1101
Staatsstraßen										
Projekte des Ausbauplans	78	72	55	41	61	66	70	88	78	60
Sonstiger Um- und Ausbau	23	23	20	16	13	18	23	28	33	32
Bestandserhaltung	50	46	37	40	45	65	74	102	119	96
Betriebsdienst	108	110	109	111	119	118	104	99	96	104
Planung und Bauleitung	27	28	27	26	26	27	26	26	27	28
Summe	286	279	248	234	264	294	297	343	353	320
Kommunalstraßenförderung										
Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG)	163	172	171	160	145	154	179	150	161	150
Finanzausgleichsgesetz (FAG)	69	66	50	44	45	47	58	66	64	94
Summe	232	238	221	204	190	201	237	216	225	244

**2010 in Bau befindliche Projekte des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen (> 5 Mio. €)
und des Ausbauplans für die Staatsstraßen (> 2 Mio. €)**
Autobahnen

Straße	Projektbezeichnung	Baulänge [km]	Gesamtkosten [Mio. €]	Jahr der Fertigstellung
A 3	6-streifiger Ausbau AD Würzburg-West – AS WÜ/Heidingsfeld	8,0	67,8	2010
A 8	6-streifiger Ausbau Augsburg – München (A-Modell)	37,0	249,5	2010
A 8	6-streifiger Ausbau östl. AK Ulm/Elchingen – Landesgrenze BW/By	3,2	24,3	2010
A 3	6-streifiger Ausbau AS Hösbach – Kauppenbrücke	7,3	120,5	2011
A 3	Erneuerung Haseltalbrücke (inkl. 6-streifige Streckenanschlüsse)	3,1	50,0	2011
A 3	6-streifiger Ausbau Landesgrenze BW/By – AS Helmstadt	8,4	56,9	2011
A 3	6-streifiger Ausbau AS Helmstadt – AD Würzburg-West	4,9	30,1	2011
A 3	Erneuerung Maintalbrücke Randersacker (6-streifig)	2,0	44,5	2011
A 6	6-streifiger Ausbau AS Roth – AK Nürnberg-Süd	8,2	110,3	2011
A 94	Neubau Forstinning – Pastetten	6,3	42,5	2011
A 3	6-streifiger Ausbau AS WÜ/Randersacker – AK Biebelried	9,7	123,4	2012
A 94	Neubau Heldenstein – Ampfing	4,3	62,9	2012
Summe Gesamtkosten			982,7	

Bundesstraßen

Straße	Projektbezeichnung	Baulänge [km]	Gesamtkosten [Mio. €]	Jahr der Fertigstellung
B 2	Ortsumgehung Puchheim	2,3	14,4	2010
B 13	Ortsumgehung Lehrberg	3,2	12,3	2010
B 16	Ortsumgehung Dillingen (Vorabmaßnahme Bahnbrücke)	9,4	31,1	2010
B 173	Ausbau Kronach – Johannisthal, 1. Bauabschnitt	1,8	9,3	2010
B 299	Ortsumgehung Pressath (Bauabschnitt 2)	3,5	6,7	2010
B 304	Ortsumgehung Ebersberg	6,0	25,7	2010
B 388	Ortsumgehung Dirnaich	4,1	14,6	2010
B 15n	Zweibahniger Neubau Saalhaupt (A 93) – Neufahrn	21,6	153,6	2011
B 23	Ortsumgehung Saulgrub (Bauabschnitt 1)	1,0	4,7	2011
B 299	Ortsumgehung Neumarkt-St. Veit	3,7	10,0	2011
B 300	Zweibahniger Ausbau zwischen A 8 und Aichach	5,0	21,4	2011
B 301	Ortsumgehung Au in der Hallertau	5,0	9,5	2011
B 470	Südumgehung Forchheim	2,8	11,4	2011
B 999	Ortsumgehung Rödental	5,4	41,1	2011
B 20	Ortsumgehung Furth im Wald	4,3	68,5	2012
B 23	Ortsumgehung Garmisch mit Kramertunnel (Bauabschnitt 1: Erkundungsstollen)	5,6	35,0	2012
B 304	Nordumfahrung Traunstein (Bauabschnitt 2)	4,5	46,6	2012
B 388a	Neubau B 388 (Fischerhäuser) – FS 44 (Hallbergmoos)	7,2	24,8	2012
B 472	Ortsumgehung Peißenberg (Bauabschnitt 2)	7,0	54,9	2012
B 492	Ortsumgehung Brenz – Obermedlingen (bayerischer Anteil)	2,3	5,0	2012
B 533	Ortsumgehung Schwarzach (Hengersberg)	9,2	24,3	2012
B 15n	Zweibahniger Neubau Neufahrn – Ergoldsbach	7,2	66,1	2013
B 472	Ortsumgehung Hohenpeißenberg	5,2	33,5	2015
Summe Gesamtkosten			724,5	

Staatsstraßen

Straße	Projektbezeichnung	Baulänge [km]	Gesamtkosten [Mio. €]	Jahr der Fertigstellung
St 2008	Ausbau in und südlich Lengenwang	4,4	4,2	2010
St 2104	Ausbau westlich Freilassing (Bauabschnitt 1)	2,0	2,3	2010
St 2105	Ausbau bei Weibhausen (Bauabschnitt 1)	1,8	2,2	2010
St 2163	Ausbau Allersdorf – Dressendorf	1,8	4,9	2010
St 2183	Ausbau nördlich Bindlach	1,8	2,0	2010
St 2207	Ausbau nördlich Steinwiesen	1,0	2,2	2010
St 2223	Vierstreifiger Ausbau Schafft-Knoten – An der Eich in Ansbach	1,0	2,6	2010
St 2260	Ausbau in und östlich Steppach	1,6	2,9	2010
St 2260	Ausbau östlich Röbersdorf	2,4	2,6	2010
St 2273	Erneuerung Mainbrücke Segnitz (PPP)	1,2	12,2	2010
St 2332	Erneuerung der Bahnüberführung Markt Schwaben	0,3	3,9	2010
St 2580	Flughafentangente Ost (Bauabschnitt 5)	4,1	17,6	2010
St 2011	Ortsumgehung Sontheim	2,8	3,8	2011
St 2025	Ausbau südlich Lauingen	5,9	4,8	2011
St 2177	Ortsumgehung Kulmain	1,7	4,4	2011
St 2204	Ausbau Gmünda – Dietersdorf (Bauabschnitt 1)	1,2	2,0	2011
St 2237	Ortsumgehung Sulzkirchen	2,8	2,0	2011
St 2260	Erneuerung Mainbrücke Volkach (PPP)	0,5	16,7	2011
St 2262	Ortsumgehung Treppendorf und Ausbau südlich Burgebrach	2,5	3,6	2011
St 2315	Ausbau westlich Marktheidenfeld (Bauabschnitt 2)	2,2	8,9	2011
St 2400	Ortsumgehung Schönthal	2,7	6,2	2011
St 2056	Ortsumgehung Pähl	2,7	5,0	2012
St 2105	Verlegung nördlich Traunstein	1,5	2,6	2012
St 2170	Ausbau bei Lengfeld	2,6	5,3	2012
St 2245	Ortsumgehung Ammerndorf	2,5	5,9	2012
St 2398	Ausbau nördlich Dieterskirchen	2,0	3,1	2012
St 2335	Umfahrung Lenting – Kösching	4,1	8,0	2013
St 2418	Ortsumgehung Goßmannsdorf mit Mainbrücke	2,5	24,4	2013
St 3259	Erneuerung Mainbrücke Klingenberg (PPP)	0,6	11,3	2013
Summe Gesamtkosten			177,6	

altro – Die Fotoagentur, Uwe Moosburger, Regensburg:
Seite 42 unten
Architekten Schinharl Höss Amberg, München: Seite 38/39
Architekturbüro Hans und Robert Scheck, Bauleitung,
Garmisch-Partenkirchen: Seite 28 unten
Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege: Seite 33
Brückner & Brückner Architekten: Seite 45
Büro für Städtebau und Architektur, Dr. Hartmut Holl, Würzburg:
Seite 44 links oben
Daniel Delang für Studentenwerk München: Seite 41
Hajo Dietz, Nürnberg: Seite 20 oben, Seite 46/47
Ebe + Ebe + Partner, Architekten + Stadtplaner, München:
Seite 43
Grabow + Hofmann, Nürnberg: Seite 42 oben
Hartmann, Mindelheim: Seite 44 rechts oben
Helmut Krämer, Oberste Baubehörde im Bayerischen
Staatsministerium des Innern: Seite 30/31
lab | landschaftsarchitektur brenner, Landshut: Seite 36
Lattke Architekten, Augsburg; Illustration: Henrike Elsner:
Seite 42 Mitte
Luftbild-Service.com, Maisach: Seite 53 links
Jonas Miller, Uffenheim: Seite 49 oben, Seite 53 rechts,
Seite 54/55
Dorothee Möhle, 2010: Seite 32
Dr. E.-W. Müller, Eichenau: Seite 51 oben
Inge Reiter-Lang, Oberste Baubehörde im Bayerischen
Staatsministerium des Innern: Seite 18/19
Ingrid Scheffler, München: Seite 22/23
Staatliches Bauamt Ansbach: Seite 20 unten
Staatliches Bauamt München 2: Seite 11 oben
Staatliches Bauamt Regensburg: Seite 29
Christoph Stepan, München: Seite 25
Herbert Stolz, Regensburg: Seite 28 oben
Technische Universität München, Historisches Archiv:
Seite 10 oben
TÜV Rheinland Consulting GmbH: Seite 37
US Army: Seite 26/27
Staatsbauverwaltung: alle übrigen Bilder

Bildunterschriften Seiten 32 und 33:
Dr. Stefanie Berg-Hobohm, BLfD

Herausgeber:
Oberste Baubehörde
im Bayerischen Staatsministerium des Innern
Franz-Josef-Strauß-Ring 4
80539 München
<http://www.innenministerium.bayern.de/bauen/>

Verantwortlich:
Axel Lehmann

Gestaltung:
Büro für Gestaltung
Wangler & Abele
Juliane Handschuh

Lithografie:
Sabine Specht, München

Druck:
Holzmann Druck GmbH & Co. KG, Bad Wörishofen

München, Juni 2011

